

**Prognose der österreichischen
Wirtschaft 2016 – 2017**
Konjunkturdynamik bleibt moderat

SPERRFRIST: Donnerstag, 29. September 2016, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2016 – 2017

Konjunkturdynamik bleibt moderat

Die Modellprognosen werden von der
Arbeitsgruppe Prognose erstellt:

**Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian Koch
Robert M. Kunst
Simon Loretz
Michael Reiter
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß**

**Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien**

Kontakt:

Helmut Hofer

☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

☎: +43/1/599 91-233
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück

Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
+43 660 150 5001
email: paul.glueck@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS) forscht im Interesse der Öffentlichkeit zu wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragen. Im Mittelpunkt stehen wirtschaftliche Dynamik, Strukturwandel und Nachhaltigkeit, Wohlfahrtsstaat, öffentliche Finanzen und europäische Integration. Das IHS ist insbesondere für seine vierteljährliche Konjunkturprognose bekannt, arbeitet aber auch zu anderen wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Themen, wie Gesundheit, Bildung, und Arbeitsmarkt.

Gegründet wurde das IHS auf Initiative der beiden Exil-Österreichern Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Mitteln der Ford Foundation. Heute erfolgt die Finanzierung über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet. Zurzeit sind ca. 150 MitarbeiterInnen und Studierende am Institut beschäftigt. Die WissenschaftlerInnen arbeiten fächerübergreifend und lösungsorientiert in Forschungsgruppen zusammen.

Inhalt

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6/7
2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR	8
2.1 Internationale Konjunkturprognosen	8
Abbildung: OECD-Frühindikator	9
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum	11
2.2 Länderprognosen	11
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)	14
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	21
3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT	22
4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR	23
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	23
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	25
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	26
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	26
Abbildung: Inflation in Österreich und im Euroraum	29
Texttabelle: Inflationsraten im Überblick	30
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum	30
5. MONETÄRE PROGNOSE	34
Texttabelle: Leitzinsen	34
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	35
TABELLENANHANG	37

Konjunkturdynamik bleibt moderat

Die internationale Konjunktur belebt sich nur äußerst zögerlich. Belastend wirken die hohen Unsicherheiten (unter anderem wegen des Brexit, protektionistischer Tendenzen und geopolitischer Risiken). Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2016 weiterhin ein Wachstum von 1.5 % für die österreichische Wirtschaft. Im Einklang mit der leichten Abkühlung im Euroraum und den schwächer werdenden positiven Effekten der Steuerreform sollte sich das BIP-Wachstum im nächsten Jahr etwas auf 1.3 % verlangsamen.

1. Einleitung und Zusammenfassung

In der ersten Jahreshälfte expandierte die Weltwirtschaft weiterhin nur in verhaltenem Tempo. Im Jahresverlauf hat sich dabei das Wachstum in den Industriestaaten etwas verlangsamt, in den Schwellenländern hingegen stabilisierte sich die Konjunktur. Mit einem Wachstum von 0.3 % gegenüber dem Vorquartal blieb die Expansionsdynamik in den USA im zweiten Quartal gering. Nach 0.5 % zu Jahresbeginn betrug im Euroraum die Wachstumsrate gegenüber dem Vorquartal im zweiten Quartal 0.3 %. Äußerst schwach entwickelte sich der Welthandel, im Vorjahresvergleich stagnierte er im ersten Halbjahr. Trotz der weiterhin bestehenden strukturellen Probleme zeigen sich deutliche Hinweise auf eine Stabilisierung der Wirtschaftslage in den Schwellenländern. Diese profitieren von den gestiegenen Rohstoffpreisen und der konjunkturellen Festigung in China. Hingegen hat die Entscheidung der Briten für den Austritt aus der EU die politischen Unsicherheiten erhöht. Das Institut geht davon aus, dass der Brexit die konjunkturelle Entwicklung primär im Vereinigten Königreich dämpft, die über den Handelskanal auf die Weltwirtschaft ausgehenden Impulse werden gegenwärtig als gering eingeschätzt. Im weiteren Prognosezeitraum sollte sich das Wachstum der Weltwirtschaft etwas beschleunigen, insbesondere in den USA dürfte die Konjunktur anziehen. In Euroraum dürfte das Wachstumstempo verhalten bleiben. Aufgrund des Brexit sollte sich das Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich stark abschwächen.

Im ersten Halbjahr ist die österreichische Wirtschaft um knapp 1.4 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gewachsen. Gemessen an der Trend-Konjunktur-Komponente betragen die Wachstumsraten gegenüber dem jeweiligen Vorquartal in den ersten beiden Quartalen 0.4 % und 0.3 %. Im zweiten Quartal kamen die stärksten Impulse von der Binnennachfrage. Getrieben von der Steuerreform legte der private Konsum im Vergleich zur Stagnation in den Vorjahren merklich zu (0.3 %), positiv entwickelten sich auch die Bruttoanlageinvestitionen (1.0 %). Aufgrund der kräftigen Binnennachfrage stiegen die Importe (0.9 %) stärker als die Exporte (0.7 %). Die Industriekonjunktur blieb aber nur verhalten. Insgesamt gesehen erwartet das Institut weiterhin ein Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 1.5 % im heurigen Jahr. Vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung und des sich abschwächenden Effekts der Steuerreform sollte das Wachstum im kommenden Jahr 1.3 % betragen.

Der Prognose liegt das folgende internationale Konjunkturbild zugrunde. Nach einem verhaltenen Wachstum von 1.6 % in diesem Jahr sollte sich das Wirtschaftswachstum in den USA im nächsten Jahr auf 2.3 % beschleunigen. Mit BIP-Wachstumsraten von 1.6 % bzw. 1.4 % bleibt die Wirtschaft des Euroraums auf einem moderaten Wachstumspfad. In den OECD-Staaten sollte die

Wirtschaftsleistung um 1.7 % bzw. 2.0 % zulegen. In den Schwellenländern stabilisiert sich die Entwicklung, wobei für China ein Wachstum von 6.6 % bzw. 6.3 % erwartet wird. Die Weltwirtschaft wird mit Raten von 2.9 % bzw. 3.2 % expandieren.

Nachdem der reale private Konsum in Österreich in den Vorjahren stagnierte, legte dieses Aggregat im ersten Halbjahr um 1.2 % gegenüber dem Vorjahr zu. Dabei stärken die Steuerreform und die geringe Inflation das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte. Für den Jahresdurchschnitt 2016 wird weiterhin ein Wachstum der privaten Konsumausgaben um 1.5 % erwartet. Ausgehend von den Erfahrungen früherer Steuerreformen wird unterstellt, dass die Sparquote um gut $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte ansteigt. Im nächsten Jahr sollte die Sparquote wieder leicht zurückgehen und das Konsumwachstum 1.1 % betragen.

Nach einer längeren Phase schwacher Investitionstätigkeit beleben sich die Anlageinvestitionen im Prognosezeitraum. Während die Ausrüstungsinvestitionen bereits im Laufe des Vorjahres anzogen, wurden heuer auch die Bauinvestitionen nach langdauernder Schrumpfung wieder ausgeweitet. Die günstigen Finanzierungskonditionen und der Bedarf an Ersatzinvestitionen stützen dabei die Investitionstätigkeit. Bei den Ausrüstungsinvestitionen sollte sich die positive Dynamik des Vorjahres mit Raten von 3.5 % bzw. 2.8 % fortsetzen. Für die Bauten werden Zuwächse von 1.8 % und 1.5 % erwartet. Für die Anlageinvestitionen ergibt sich somit ein Wachstum von 2.7 % bzw. 2.2 %.

Im ersten Halbjahr hat sich der Welthandel äußerst schwach entwickelt. Im Prognosezeitraum werden die österreichischen Exportmärkte nur verhalten zulegen und vom Wechselkurs kommen keine zusätzlichen Impulse. Vor diesem Hintergrund wird ein Wachstum der österreichischen Warenexporte von 2.8 % erwartet, nächstes Jahr könnte die Wachstumsrate 3.3 % betragen. Mit 2.7 % bzw. 3.2 % wachsen die Gesamtexporte laut VGR im gleichen Tempo. Aufgrund der kräftigen Binnennachfrage legen die Warenimporte in diesem Jahr deutlich zu (4.0 %). Nächstes Jahr sollte sich die Dynamik der Importnachfrage etwas abschwächen (3.4 %). Insgesamt liefern die Nettoexporte im Prognosezeitraum keinen Wachstumsbeitrag.

Ausgehend von rund 1 % zu Jahresbeginn betrug die Inflationsrate in den letzten Monaten 0.6 %. Die geringe Preissteigerung geht primär auf die gefallenen Energiepreise zurück, aber auch die Kerninflation liegt nur bei rund $1\frac{1}{4}$ %. Nachdem der Basiseffekt der Rohölverbilligung in den nächsten Monaten auslaufen wird, zieht die Inflationsrate wieder etwas an. Im Jahresdurchschnitt sollte sich die Preissteigerung damit auf 0.9 % belaufen. Für nächstes Jahr wird eine Inflationsrate von 1.6 % erwartet. Das Institut geht davon aus, dass weder von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen noch von der heimischen Lohnstückkostenentwicklung ein spürbarer Preisdruck ausgehen wird. Die Prognose impliziert eine merkliche Verringerung des Inflationsdifferenzials zum Euroraum im nächsten Jahr. Dies ist auch notwendig, da längerfristig die höhere Inflation zu heimischen Lohndruck führt, welcher die preisliche Wettbewerbsfähigkeit belastet.

Die verbesserte Konjunkturlage und das weiterhin kräftig steigende Arbeitskräfteangebot sind im Prognosezeitraum die bestimmenden Faktoren am Arbeitsmarkt. Aufgrund des stärkeren Wachstums fällt die Beschäftigungsnachfrage kräftig aus. Im laufenden Jahr wird für die Zahl der Aktiv-Beschäftigten weiterhin ein Zuwachs um 1.5 % erwartet, nächstes Jahr sollte die Wachstumsrate 1.1 % betragen. Dies reicht aber nicht aus, um den Anstieg des Arbeitskräftepotenzials vollständig aufzunehmen. Dabei steigt insbesondere die Zahl der

Erwerbspersonen aus dem Ausland, vor allem aus den ost- und mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Aufgrund der höheren Erwerbsneigung von Frauen und Älteren erhöht sich auch die Zahl der inländischen Erwerbspersonen. Zusätzlich ist noch die starke Zuwanderung von Asylwerbern zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut eine Arbeitslosenquote laut nationaler Definition von 9.2 % bzw. 9.5 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird 6.1 % bzw. 6.2 % betragen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum insbesondere von der Steuerreform geprägt. Nachdem im Vorjahr ein strukturelles Nulldefizit erreicht wurde, dürfte heuer die Defizitquote auf 1.8 % steigen, wofür primär die zumindest kurzfristig nicht vollständig gegenfinanzierte Steuerreform verantwortlich ist. Im Jahr 2017 sollte die Defizitquote auf 1.4 % zurückgehen. Für eine Stärkung der Wachstumskräfte wäre es notwendig, durch Reformen alle Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich zu heben, sodass die erforderlichen zukunftsorientierten öffentlichen Investitionen (insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung) finanziert werden können. Vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Abgabenlast bei gleichzeitig hoher Staatsverschuldung sollten die derzeitigen Neuverhandlungen des Finanzausgleichs auch dazu genutzt werden, die Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften zu entflechten. Durch eine anreizkompatiblere Verteilung der Kompetenzen und Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten können die Transparenz erhöht und die Weichen für eine effizientere öffentliche Verwaltung gestellt werden. Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich sind zu begrüßen (etwa im Bereich der Neugründungen), es bestehen aber weitere Reformnotwendigkeiten, etwa bei den Lohnnebenkosten. Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, dass protektionistische Tendenzen in der Handelspolitik insbesondere für eine Exportnation wie Österreich wachstumshemmend wirken.

Weiterhin belasten Unsicherheiten die Konjunktur. Die Prognoserisiken sind eher abwärts gerichtet. Das größte Risiko für die europäische Konjunktur betrifft die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Eine ausgeprägte und langandauernde Rezession im Vereinigten Königreich hätte merkliche negative Auswirkungen auf die Haupthandelspartner. Starke und anhaltende Turbulenzen an den Finanzmärkten sowie protektionistische Tendenzen im internationalen Handel würden die Wirtschaftsentwicklung spürbar verlangsamen. Eine Ausweitung der Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika (IS-Terrorismus und Flüchtlingskrise) könnte die Wirtschaftsstimmung weiter trüben und wohl auch zu einer Erhöhung der Energiepreise führen. Die polit-ökonomischen Probleme in der EU (Aufteilung der Flüchtlinge, Vollendung der Bankenunion, Schuldenkrise, Ausgestaltung der europäischen Institutionen) halten die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hoch. Je länger die weltweit expansive Geldpolitik fortgesetzt wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten auftreten. Gegenwärtig belebt sich die Industriekonjunktur in Österreich nur wenig, allerdings könnte eine Initiative zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Österreichs die Stimmung bei den Unternehmen heben und zusätzliche Investitionen anregen.

Wichtige Prognoseergebnisse

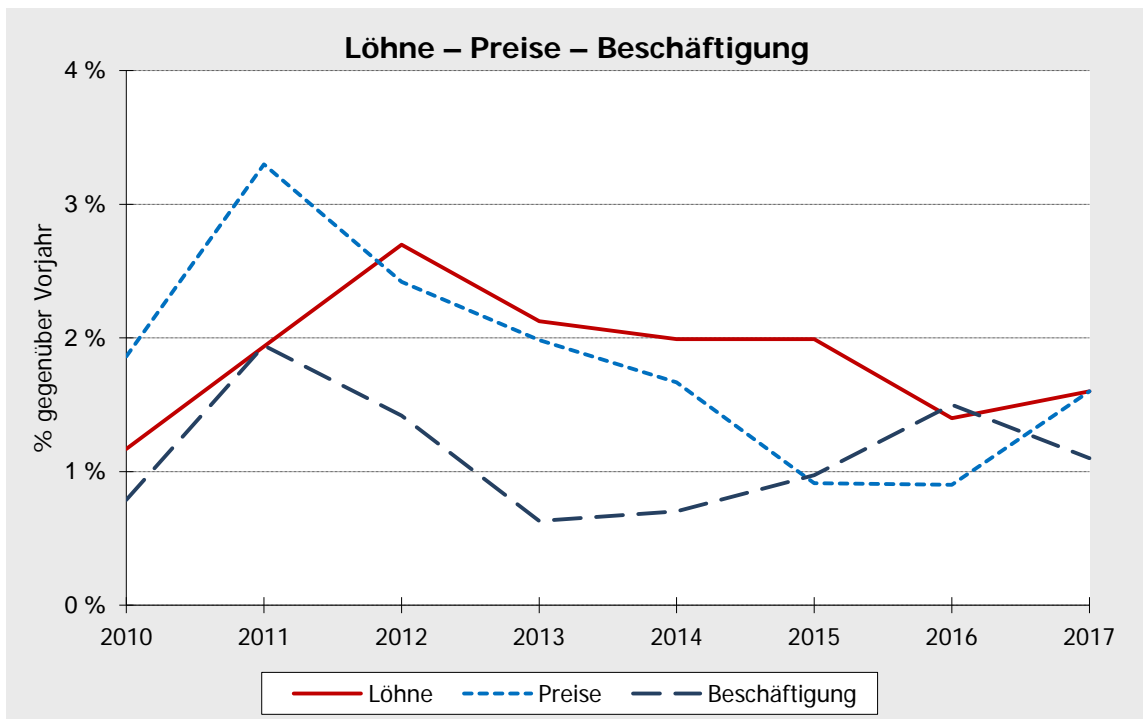
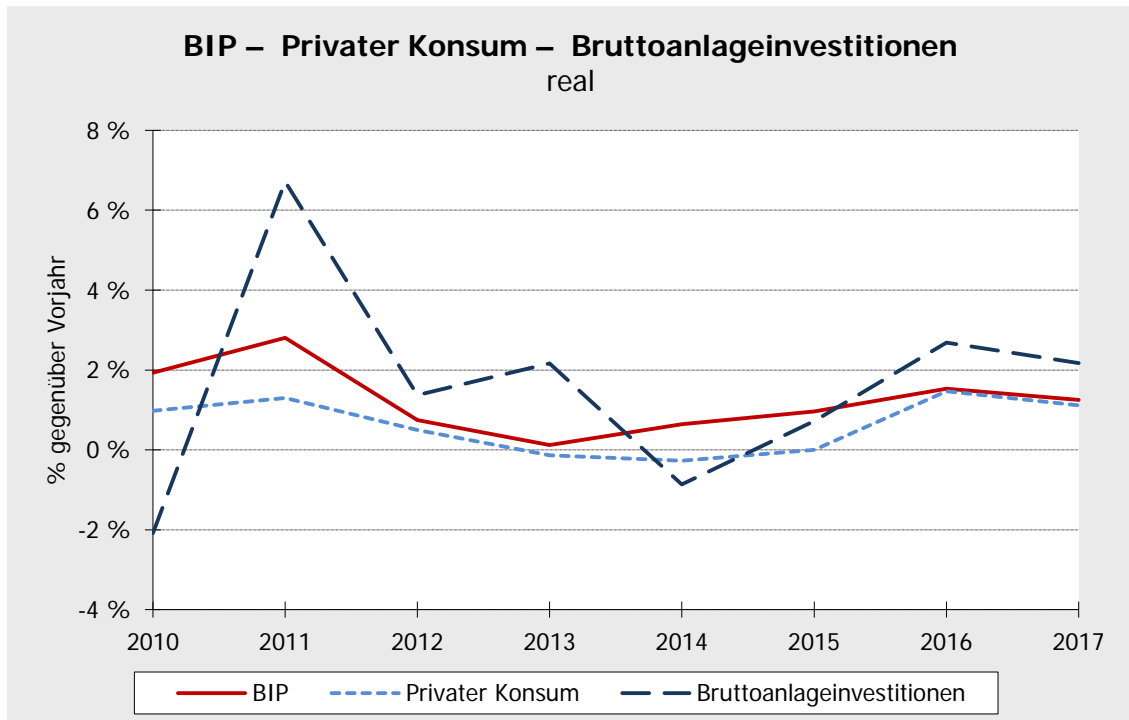
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2015	2016	2017
Bruttoinlandsprodukt, real	1.0	1.5	1.3
Privater Konsum, real	0.0	1.5	1.1
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	0.5	3.1	2.4
Bruttoanlageinvestitionen, real	0.7	2.7	2.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.4	3.5	2.8
Bauinvestitionen, real	-1.2	1.8	1.5
Inlandsnachfrage, real	0.8	1.8	1.3
Exporte i.w.S., real	3.6	2.7	3.2
Waren, real (laut VGR)	3.5	2.8	3.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	4.5	2.0	1.0
Importe i.w.S., real	3.4	3.3	3.5
Waren, real (laut VGR)	4.2	4.0	3.4
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.3	-3.0	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.0	1.5	1.1
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	9.1	9.2	9.5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	5.7	6.1	6.2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.0	1.4	1.6
Preisindex des BIP	1.9	1.6	1.4
Verbraucherpreisindex	0.9	0.9	1.6
3-Monats-Euribor ^{*)}	-0.0	-0.3	-0.3
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	0.7	0.3	0.6

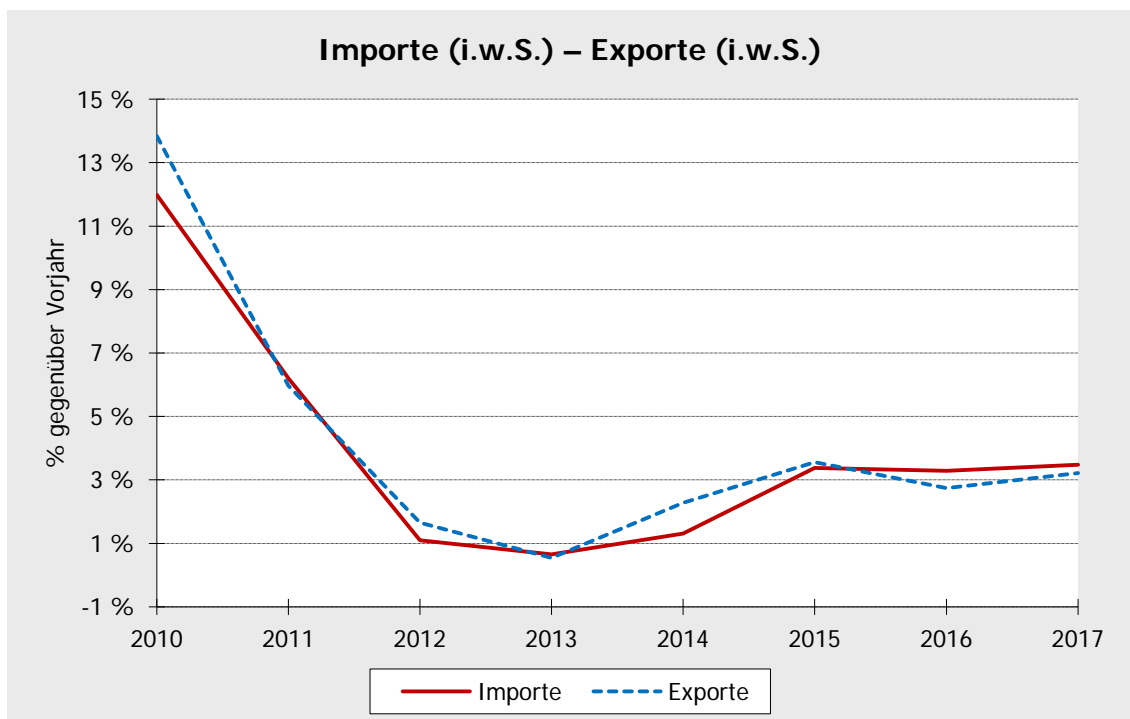
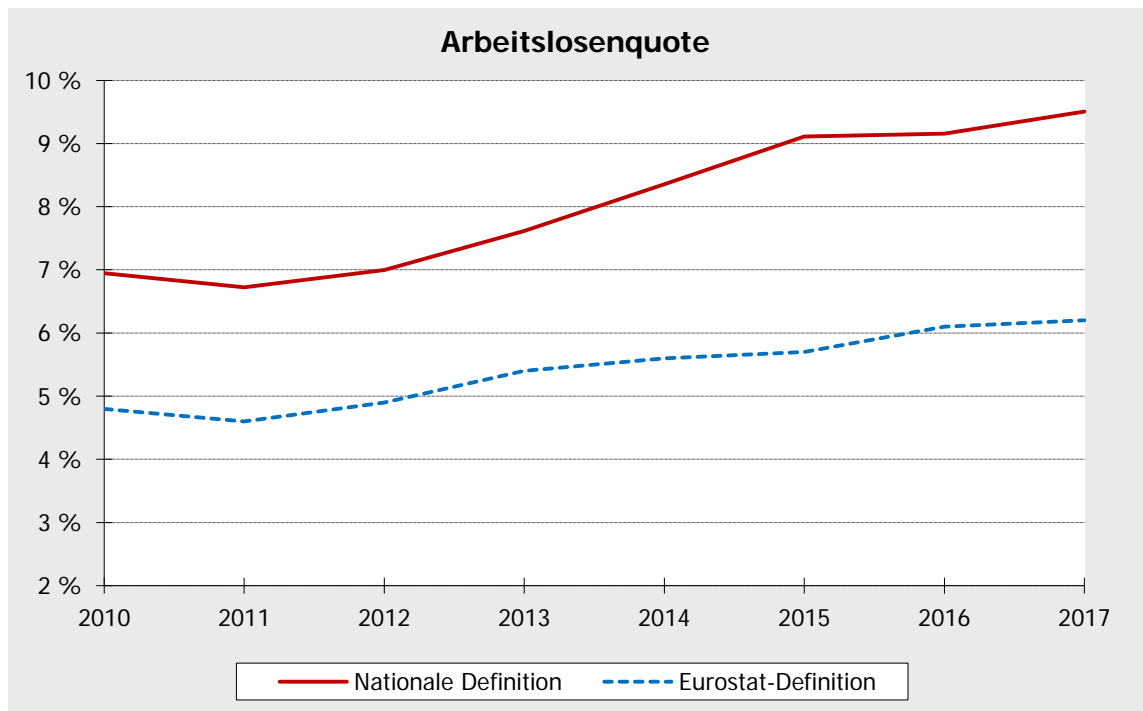
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

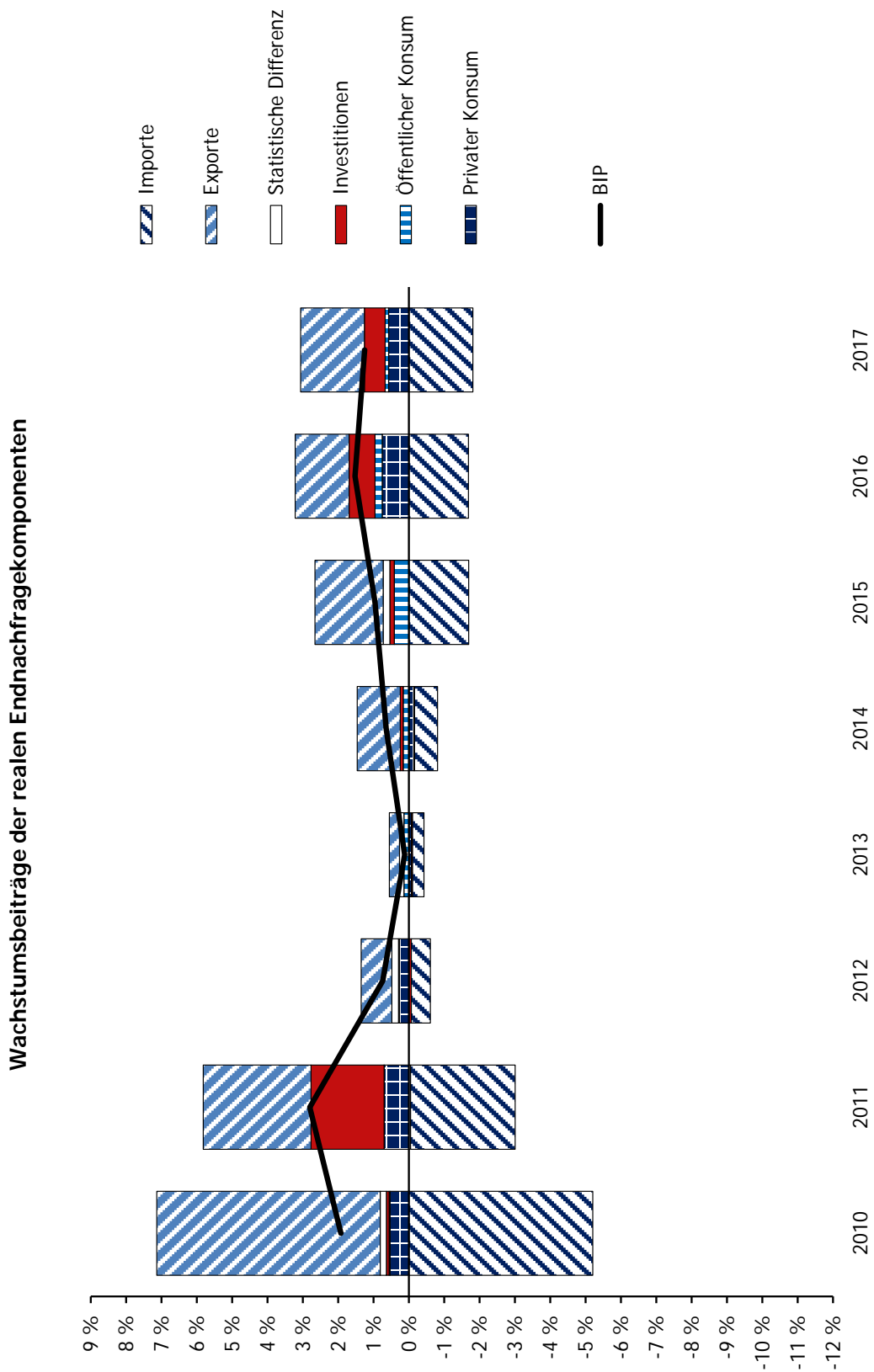
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die konjunkturelle Entwicklung der **Weltwirtschaft** verläuft auch 2016 äußerst verhalten. Die geringe Investitionsbereitschaft, Strukturveränderungen in der chinesischen Wirtschaft und vom Brexit ausgehende Unsicherheiten belasten die Konjunktur. Mit der Ausnahme von Indien entwickelt sich im laufenden Jahr die Nachfrage in den Schwellenländern gedämpft (China) bzw. rückläufig (Russland und Brasilien). In den Industrieländern sollten von den niedrigen Rohstoffpreisen positive Impulse ausgehen, die schwache Investitionstätigkeit bremst die Entwicklung. In den USA und im Euroraum verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum. Nach einer schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn, gewinnt der globale Handel im Jahresverlauf geringfügig an Dynamik und die Rohstoffpreise beginnen zu steigen. In den Schwellenländern verbessert sich die Konjunktur allmählich.

Die befürchteten Verwerfungen an den Finanzmärkten in Folge des Brexit Votums sind ausgeblieben. Als Reaktion auf den britischen Entscheidung, der EU auszutreten, senkte die Bank of England die Leitzinsen und die anderen großen Notenbanken versicherten, dem Markt bei Bedarf die nötige Liquidität zu gewähren, und dadurch für ein reibungsloses Funktionieren der Märkte zu sorgen. Die Märkte erholten sich in der Folge rasch und bis Mitte Juli hatten die meisten Finanzanlagen den Brexit-Schock bereits überwunden.

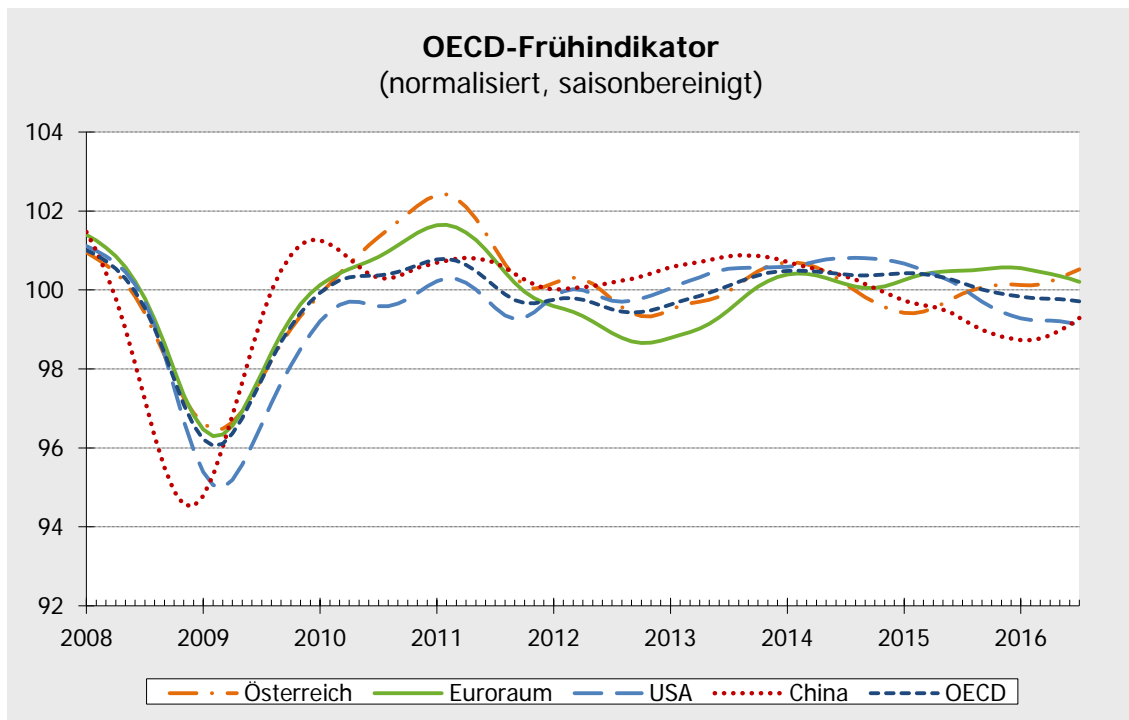
Im Jahr 2017 wird sich die globale Wirtschaftsentwicklung voraussichtlich verstärken. In den Industrieländern könnte die Investitionstätigkeit anziehen. In Russland und Brasilien wird die Rezession voraussichtlich zu Ende gehen. Mit einer Belebung der globalen Nachfrage werden auch die Preise für Industrierohstoffe anziehen und so den Aufschwung in den Schwellenländern begünstigen. Für ein breiter abgestütztes globales Wachstum sind jedoch Strukturreformen und eine stärkere Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft notwendig. IWF und OECD fordern die Länder auf, wachstumsfördernde Reformen rasch durchzuführen. Die Maßnahmen umfassen Investitionen in die Infrastruktur und die Steigerung der Erwerbsquote zu forcieren, Hemmnisse für Unternehmen abzubauen und die öffentliche Verschuldung auf einen Zielwert von 4 % des BIP zu senken.

Das Institut geht davon aus, dass in den Industrieländern die Geldpolitik expansiv bleibt. Dies gilt insbesondere für Europa und Japan. Aufgrund der gegenwärtigen Lage ist bis Jahresende keine Straffung der Geldpolitik in den USA zu erwarten. Im Euroraum bleibt die Fiskalpolitik neutral ausgerichtet.

Weiterhin belasten Unsicherheiten die Konjunktur. Das größte Risiko für die europäische Konjunktur betrifft die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Eine ausgeprägte und langandauernde Rezession im Vereinigten Königreich hätte merkliche negative Auswirkungen auf die Haupthandelspartner. Starke und anhaltende Turbulenzen an den Finanzmärkten sowie protektionistische Tendenzen im internationalen Handel würden die Wirtschaftsentwicklung spürbar verlangsamen. Eine Ausweitung der Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika (IS-Terrorismus und Flüchtlingskrise) könnte die Wirtschaftsstimmung weiter trüben und wohl auch zu einer Erhöhung der Energiepreise führen. Die polit-ökonomischen Probleme in der EU (Aufteilung der Flüchtlinge, Vollendung der Bankenunion, Schuldenkrise, Ausgestaltung der

europäischen Institutionen) halten die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hoch. Je länger die weltweit expansive Geldpolitik fortgesetzt wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten auftreten.

Vorlaufende Indikatoren, die die Stimmung in den Unternehmen reflektieren, geben keine einheitliche Richtung der konjunkturellen Entwicklung in den kommenden Monaten an. Der vom Ifo-Institut berechnete Index für das Weltwirtschaftsklima sank im Sommerquartal vor dem Hintergrund der Brexit Entscheidung und befindet sich damit deutlich unter seinem langjährigen Mittel. Ein etwas optimistischeres Bild zeichnet der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* für die Weltwirtschaft, der im August zum dritten Mal in Folge anstieg. Im Euroraum, sowie in den USA, China, und Russland verbesserte sich die Wirtschaftslage. Der Index für das Vereinigte Königreich und für Indien stieg auf ein dreieinhalb-Jahres-Hoch. In den meisten anderen Ländern schwächte sich die Wachstumsdynamik ab. Der OECD-Frühindikator, der bis Ende 2015 eine Festigung der Konjunktur im Euroraum signalisierte, sinkt seit Jänner leicht. Insgesamt gesehen geht das Institut aber davon aus, dass sich die Konjunkturentwicklung in den nächsten Monaten leicht verbessern wird.



Quelle: OECD, Thomson Reuters Datastream

Zu Jahresbeginn begannen die Rohstoffpreise (ohne Energie) zu steigen. Im August lagen die Rohstoffpreise (laut *S&P Non-Energy Index*) nur noch um 1.3 % unter ihrem Vorjahresniveau. Der Ölpreis für die Sorte Brent betrug 47.1 US-Dollar und befand sich um 1.0 % unter seinem Vorjahreswert. Laut *International Energy Agency* dürfte bis 2017 bei Rohöl kein Preisdruck einsetzen. Nach 53.0 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2015 wird in dieser Prognose für die Jahre 2016 und 2017 ein Ölpreis von 44 bzw. 55 US-Dollar unterstellt. Nach 1.11 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2015 wird für 2016 und 2017 ein Wechselkurs von 1.12 USD/EUR bzw. 1.10 USD/EUR erwartet.

Das globale BIP nahm im Vorjahr um 3.1 % zu. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich 2016 auf 2.9 % abschwächen. Im nächsten Jahr sollte sich das Wachstum auf 3.2 % beschleunigen. Im Vergleich dazu entwickelt sich der Welthandel sehr verhalten. Er nahm im Vorjahr um nur 1.6 % zu, für die Jahre 2016 und 2017 wird eine Wachstumsrate von 1.0 % bzw. 2.8 % erwartet. In den OECD-Ländern sollte die Wirtschaftsleistung um 1.7 % bzw. 2.0 % ansteigen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU wird voraussichtlich um 1.7 % bzw. 1.4 % zunehmen.

Der IWF erwartet für Asien (ohne Japan) für 2016 und 2017 ein Wirtschaftswachstum von 6.4 % bzw. 6.3 %. Indien dürfte unter den großen Ökonomien mit 7.5 % das stärkste Wirtschaftswachstum aufweisen. Für China wird eine weitere Wachstumsabschwächung erwartet, wodurch auch der Handel im asiatischen Wirtschaftsraum beeinträchtigt wird.

Die Wirtschaftsleistung in Lateinamerika wird 2016, nach einer Stagnation im Vorjahr, um 0.4 % sinken. Die niedrigen Rohstoffpreise dämpfen in Chile, Peru und Kolumbien die konjunkturelle Entwicklung. Brasilien, die größte Ökonomie Lateinamerikas, bleibt in der Rezession. Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen, eine hohe Inflation und Arbeitslosigkeit beeinträchtigen die Wirtschaftsentwicklung. Im Jahr 2017 könnte sich die Wirtschaft in Lateinamerika wieder erholen. Der IWF erwartet eine Wachstumsrate von 1.6 %.

Im **Euroraum** wird das Wirtschaftswachstum 2016 voraussichtlich 1.6 % betragen. Wegen des schwachen Welthandels, der wirtschaftlichen Probleme in den Schwellenländern, der angestiegenen Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung und des Brexit wird sich die Konjunktur in diesem Jahr leicht abschwächen. Die privaten und öffentlichen Konsumausgaben entwickeln sich nach wie vor robust. Die Investitionstätigkeit schwächt sich ab. Die schleppende Nachfrage aus den Schwellenländern dämpft die Exporte. Die Geldpolitik der EZB bleibt weiterhin expansiv. Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB sollen insbesondere dazu beitragen, die Kreditversorgung der Wirtschaft sicher zu stellen und die Investitionsbereitschaft zu erhöhen. Die niedrigen Energiepreise dämpften noch immer die Inflation. Im Jahr 2017 wird die Wirtschaft im Euroraum um 1.4 % wachsen. Die Inflation wird voraussichtlich anziehen und den privaten Konsum dämpfen. Positive Impulse werden von den Exporten erwartet und sollten die Investitionsbereitschaft begünstigen. Um ein nachhaltiges Wachstum zu erzielen, empfiehlt die Europäische Kommission den Regierungen der Mitgliedsländer, die öffentlichen Defizite gering zu halten und die Schuldenlast zu reduzieren. Sie fordert auch Strukturreformen, so sollten die Arbeitsmärkte flexibler gestaltet werden. Darüber hinaus sollten andere wirtschaftliche Schwachstellen und makroökonomische Ungleichgewichte bekämpft werden.

Das BIP des Euroraums wuchs im zweiten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.3 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.6 %. Der private sowie der öffentliche Konsum verzeichneten eine Wachstumsabschwächung und die Investitionen stagnierten. Nach drei schwachen Quartalen verbesserte sich die Exportdynamik. Die Beschäftigung nahm zu. Im dritten Quartal dürfte sich die Konjunktur in einem ähnlichen Tempo ausgeweitet haben. Der Abbau der Arbeitslosigkeit geriet ins Stocken und die Geldschwemme der EZB hatte bislang kaum Preissteigerungen zur Folge.

Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum

	2015	2016	2017
BIP-Wachstum (%)	2.0	1.6	1.4
Arbeitslosenquote (%)	10.9	10.1	9.8
Inflation HVPI (%)	0.0	0.2	1.3

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 10.1 % und verharrte somit den vierten Monat in Folge auf diesem Tiefstand. Die höchste Arbeitslosigkeit gab es in Griechenland mit 23.5 %. Die niedrigste Quote wies Malta mit 3.9 % auf. Die Jahresinflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im August 0.2 %. Dabei verzeichneten Zypern (-0.6 %) und Irland (-0.4 %) die deutlichsten Rückgänge der Verbraucherpreise. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Malta (1.0 %) und Belgien (2.0 %) am stärksten.

Gemäß dem ifo-Konjunkturbarometer verschlechterte sich im dritten Quartal das Wirtschaftsklima im Euroraum, wenn auch nur geringfügig. Für die kommenden Monate bleibt der Ausblick verhalten. Der *Markit Eurozone Composite Index* (PMI) verliert seit dem Jahresbeginn an Fahrt. Das Barometer fiel im September auf 52.6 Zähler, signalisiert aber mit mehr als 50 Punkten weiter Wachstum. Die konjunkturelle Abschwächung geht vom Dienstleistungssektor aus, während sich in der Güterverarbeitenden Industrie die Dynamik zunehmend verstärkt. Der *Economic Sentiment Indicator* (ESI) der Europäischen Kommission gab im August etwas nach, lag aber noch immer über seinem langjährigen Durchschnitt. Die konjunkturelle Einschätzung der ZEW-Finanzmarktexperten verbesserte sich im September weiter. Die Erwartungen stiegen während der Indikator für die aktuelle Konjunkturlage nahezu unverändert blieb.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** wird 2016 voraussichtlich um 1.6 % wachsen. Die Konjunktur verlangsamt sich somit im Vergleich zum Vorjahr. Die Nachfrage der privaten Haushalte, die wegen der steigenden Beschäftigung und der verbesserten Kaufkraft wesentlich zum Wachstum beitrug, schwächt sich im laufenden Jahr ab. Die Ausrüstungsinvestitionen sinken insbesondere im Energiesektor. Die exportorientierten Unternehmen leiden noch immer unter dem starken US-Dollar und der schleppenden globalen Nachfrage. Die konjunkturelle Abkühlung in China und den anderen Schwellenländern haben dabei den stärksten Einfluss. Unternehmen, die den inländischen Markt bedienen, profitieren hingegen von der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen und der Entwicklung im privaten Wohnbau. Der Anhebung der Zinsen im vergangenen Dezember um 25 Basispunkte auf ein Zielband von 0.25 % bis 0.50 % könnte zum Jahresende ein weiterer Zinsschritt folgen. Die negativen Folgen des Brexit werden von der Fed als geringfügig eingeschätzt. Wegen des Auslaufens der dämpfenden Effekte, wie dem Rückgang der Energiepreise oder der Währungsaufwertung, zieht die Inflation an. Der Abbau der ohnedies niedrigen Arbeitslosigkeit setzt sich verlangsamt fort. Im Jahr 2017 dürfte sich die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 2.3 % wieder verstärken. Die Nachfrage der privaten Haushalte bleibt robust und auch die Ausrüstungsinvestitionen werden zum Wachstum beitragen. Die Exportnachfrage dürfte

dynamischer als im Vorjahr verlaufen. Die Inflation wird weiter steigen und die Zinsen könnten anziehen.

Das BIP der USA stieg im zweiten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 1.2 % zu. Der private Konsum nahm deutlich stärker zu als in den Vorquartalen. Die Ausrüstungsinvestitionen und die Bauinvestitionen gaben nach und die Lager wurden abgebaut. Die Exporte legten zum ersten Mal seit drei Quartalen wieder zu. Der Beschäftigungszuwachs schwächte sich ab. Im dritten Quartal dürfte sich die Konjunktur etwas verstärkt haben. Die Konsumausgaben sind robust geblieben und die Nachfrage nach Krediten nahm zu. Die Industrieproduktion weitete sich aus. Unternehmen berichten jedoch von Schwierigkeiten, hoch qualifizierte Fachkräfte zu finden. Der Druck für Lohnerhöhungen dürfte jedoch mäßig bleiben. Die Inflation stieg im August auf 1.1 %, die Arbeitslosenquote blieb mit 4.9 % unverändert. In den kommenden Monaten dürfte sich die Konjunktur etwas verstärken.

Der *Markit Composite Purchasing Managers Index*, der seit Jahresmitte 2014 nachgab, ging im Februar 2016 auf die Wachstumsschwelle von 50 Punkten zurück. In den folgenden fünf Monaten zeigte der Indexverlauf eine ansteigende Tendenz. Eine leichte Abschwächung verzeichnete der Index im August. Im September gab der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie etwas nach. Laut *Institute for Supply Management* rutschte der Indexwert für die Güterverarbeitende Industrie schon im August unter die Wachstumsschwelle. Nur der Teilindex über die Aufträge aus dem Ausland blieb weiterhin im Wachstumsbereich. Der Verlauf des *Conference Board Leading Economic Index* deutet auf ein langsames Expansionstempo der Wirtschaft bis zum Ende 2016 hin.

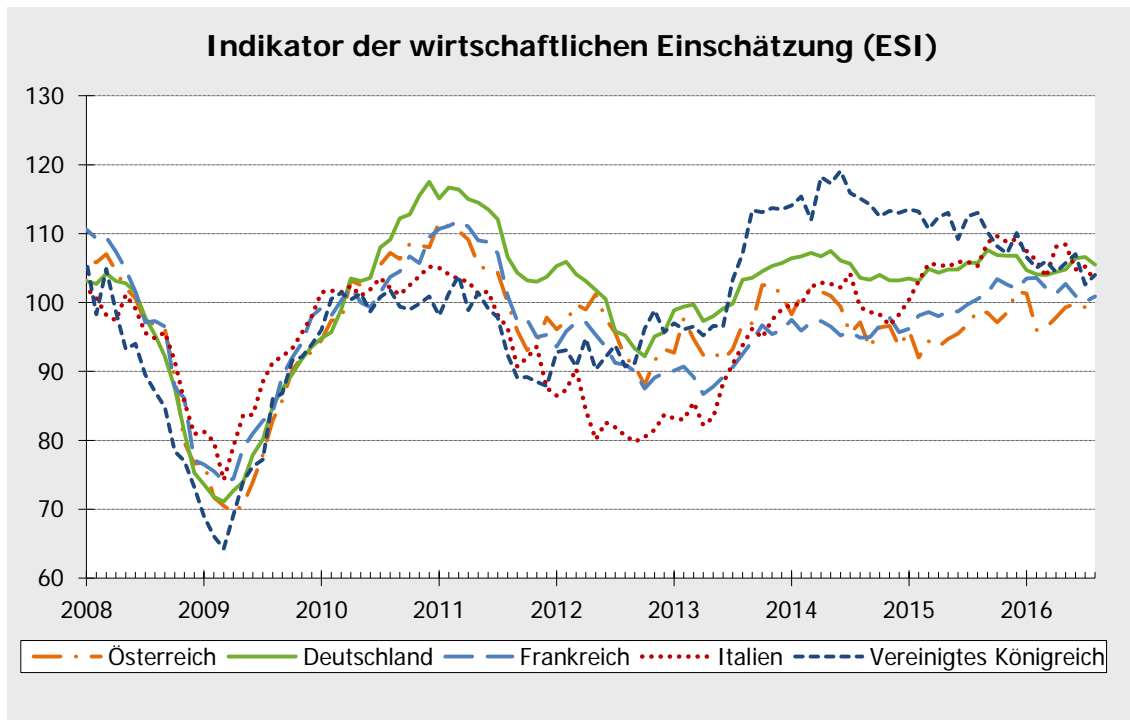
In **Japan** sollte die Wirtschaft im Jahr 2016 um 0.5 % wachsen. Die Konsumausgaben fallen zwar nicht mehr, ein dauerhafter, konsumgetriebener Aufschwung hat jedoch nicht eingesetzt. Die Investitionstätigkeit bleibt verhalten. In der Außenwirtschaft verschärfen sich die Probleme, denn seit Anfang 2016 gewinnt der Yen gegenüber dem US-Dollar an Wert, nach einer Abwertungsphase in den Jahren 2012 bis 2015. Heuer dämpfen daher die Wechselkursentwicklung und der schleppende globale Handel die Wirtschaftsentwicklung in Japan. Die schwache Konjunktur und die Deflationsgefahr veranlasste die japanische Notenbank zu Jahresbeginn den Leitzins auf -0.1 % zu senken. Die Unternehmen sollten dadurch ermutigt werden, ihre Barreserven für Investitionen aufzulösen. Für Spareinlagen bei Banken gelten die negativen Zinsen nicht. Mit einem massiven Anleihen-Ankaufprogramm setzt die japanische Notenbank ihre expansive Geldpolitik fort. Die konjunkturelle Schwäche veranlasst die öffentliche Hand, Infrastrukturprojekte und Finanzierungshilfen für Unternehmen voranzutreiben. Zusätzlich soll die expansive Geldpolitik den Konsum beleben, die negativen Folgen einer Yen-Aufwertung für die Außenwirtschaft abfedern und die Preisentwicklung stützen. Im Jahr 2017 dürfte das Wirtschaftswachstum 0.6 % ausmachen. Bei den Ausrüstungsinvestitionen dürfte eine Belebung einsetzen und die Exporte werden zunehmen. Wegen der anhaltend schwachen Konsumnachfrage wurde die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 % auf 10 % vorerst auf das Jahr 2019 verschoben.

Das japanische BIP wuchs im zweiten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.2 %, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 0.8 %. Einen sehr kräftigen Anstieg verzeichneten die Bauinvestitionen. Die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte gingen zurück. Der private und öffentliche Konsum schwächte sich ab. Die Beschäftigung legte zu. Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaft kaum gewachsen sein. Der starke Yen macht die japanischen Produkte im Ausland

teurer. Im Juli trug dieser Effekt maßgeblich zu einem Einbruch der Exporte bei. Zudem fielen die Daten zur Industrieproduktion und den Konsumausgaben zuletzt schwach aus. Die Verbraucherpreise fielen im Juli im Vorjahresvergleich um 0.4 %. Vorlaufende Indikatoren deuten jedoch darauf hin, dass sich die Konjunktur in den kommenden Monaten etwas verstärken könnte. In der Güterverarbeitenden Industrie verbessert sich allmählich die Stimmung. Der *Nikkei Japan Manufacturing Index* (PMI), der von März bis August knapp unter der Wachstumsschwelle lag, zeigt im September eine Expansion in der Güterverarbeitenden Industrie an. Die Aufträge aus dem Ausland legten zu und die Beschäftigung weitete sich aus.

In der **Volksrepublik China** schwächt sich 2016 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich auf 6.6 % ab. Überkapazitäten und steigende Lohnstückkosten in der Industrie, hohe lokale Schulden und der Nachfragerückgang am einst boomenden Immobilienmarkt dämpfen die Konjunktur im Inland. Aufgrund von Steuersenkungen für Fahrzeuge wächst jedoch der Markt für Kraftfahrzeuge kräftig. Im Jahr 2015 stagnierte der weltgrößte Automarkt, bevor die Regierung im Oktober des Vorjahres mit Steuersenkungen für Fahrzeuge mit kleineren Motoren für neuen Schwung sorgte. Wegen der engen Bindung des Yuan an den US-Dollar hat die starke Aufwertung des US-Dollar in den vergangenen Jahren eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber Japan und dem Euroraum mit sich gebracht. Die Investitionen von Privatunternehmen (60 % der gesamten Investitionen) fielen in der ersten Jahreshälfte auf ein Rekordtief, was auf den gedämpften Wirtschaftsausblick und die schwache Exportnachfrage zurückgeht. Hingegen steigen heuer die Staatsausgaben beträchtlich. Im Jahr 2017 dürfte sich das BIP-Wachstum leicht auf 6.3 % abschwächen. Aufgrund der erwarteten konjunkturellen Aufhellung der Weltwirtschaft werden die chinesischen Exporte nicht mehr weiter schwächeln, allerdings werden auch die Importe stärker zulegen und so das Wirtschaftswachstum bremsen. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung setzt die Umsetzung der geplanten Reformen im Bankenwesen und bei den staatseigenen Unternehmen voraus. Auch sollte die Regierung die Förderung von Investitionen in die Infrastruktur weiter vorantreiben. Zudem zieht die chinesische Regierung mehr Möglichkeiten für ausländische Investitionen in Betracht.

Das chinesische BIP wuchs im zweiten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahresquartal um 6.7 % und lag somit zum vierten Mal seit der weltweiten Finanzkrise unter 7 %. Nachfrageseitig stützen der private Konsum und öffentliche Infrastrukturinvestitionen die Konjunktur. Die Investitionen in der Privatwirtschaft und die Exporte gingen hingegen zurück. Im dritten Quartal weisen die steigenden Importe auf eine Belebung der Inlandsnachfrage und auf steigende Rohstoffpreise hin. Auch die Exporte sinken nicht mehr. Die Industrieproduktion belebt sich im August und unerwartet deutlich legten auch die Einzelhandelsumsätze zu. Die Inflation schwächt sich ab und betrug im August nur noch 1.3 %. In den kommenden Monaten dürfte sich die Konjunktorentwicklung in einem ähnlichen Tempo fortsetzen. Der *Caixin China Composite Index* liegt seit März im Wachstumsbereich. Seit Juli gilt dies auch für den Teilindex für die Güterverarbeitenden Industrie.



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters Datastream

In **Deutschland** wird das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 voraussichtlich 1.9 % betragen. Die Inlandsnachfrage bildet dabei die treibende Kraft, denn die günstige Arbeitsmarktlage sowie beträchtliche Zuwächse im realen verfügbaren Einkommen stimulieren den privaten Konsum. Niedrige Hypothekenzinsen und die Unterbringung von Flüchtlingen beflügeln den privaten Wohnbau. Die Investitionstätigkeit könnte sich heuer verstärken, insbesondere in der Bauindustrie. Im Vergleich dazu bleibt das Auslandsgeschäft verhalten. Die zurückliegende Euro-Abwertung sollte die Exporte stimulieren, dieser Effekt kam wegen den wirtschaftlichen Problemen in vielen Schwellenländern wie China, Brasilien und Russland bislang jedoch nicht zum Tragen. Die Regierung rechnet für das laufende Jahr mit einer Zunahme der Steuereinnahmen von 3 %. Die Inflation bleibt niedrig. Im Jahr 2017 dürfte das Wirtschaftswachstum 1.4 % ausmachen. Während sich in der Inlandsnachfrage das Wachstumstempo etwas verlangsamen könnte, werden stärkere Impulse von der Außenwirtschaft ausgehen. Die Inflation könnte anziehen, aber noch immer unter der 2-Prozent-Marke bleiben. Die Bundesregierung stellt sich darauf ein, dass die Arbeitslosigkeit wegen der Flüchtlingskrise erstmals seit Jahren wieder steigen wird. Zugleich wird ein Anstieg der Beschäftigung erwartet. Der DIHK erwartet einen Rückgang der Exporte ins Vereinigte Königreich als Folge der Brexit Entscheidung.

Das deutsche BIP wuchs im zweiten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal um 0.4 %, im Vorjahresvergleich legte es um 1.7 % zu. Die Binnennachfrage ging leicht zurück, insbesondere die Investitionen. Die Exporte nahmen zu und die Importe blieben zum Vorquartal unverändert, so dass der Außenbeitrag deutlich positiv war. Die Arbeitsmarktsituation verbesserte sich weiter. Im dritten Quartal dürfte die Konjunktur robust geblieben sein. Der private Konsum ist weiterhin ein wichtiger Wachstumstreiber. Die Arbeitslosenquote fiel im Juli auf 4.2 %, und erreichte somit den tiefsten Stand seit 25 Jahren. Die Verbraucherpreise legten im August um 0.3 % zu. In den kommenden Monaten bleibt die deutsche Wirtschaft in einem moderaten Aufschwung.

Der Markt Einkaufsmanagerindex ist im September gesunken, weil sich der Dienstleistungssektor einer Stagnation annähert. In der Güterverarbeitenden Industrie verstärkt sich hingegen die Dynamik weiter. Der ifo-Geschäftsklimaindex gab im August den zweiten Monat in Folge nach, und das gleich so stark wie seit der Eskalation der europäischen Staatsschuldenkrise vor rund vier Jahren nicht mehr. Als Grund dafür gilt die Verunsicherung durch das Brexit-Votum der Briten. Das Geschäftsklima fiel in nahezu allen Branchen, und geht vor allem auf den sinkenden Auftragseingang zurück. Im Bauhauptgewerbe blieb der Geschäftsklimaindex hingegen unverändert auf Rekordniveau. Die ZEW-Konjunkturerwartungen erholten sich zwar nach dem Brexit-Schock wieder, im September blieben sie jedoch auf dem Stand von August. Das Votum der Briten, aus der EU auszutreten, hat die deutschen Verbraucher offenbar nur kurz verunsichert. Nach dem spürbaren Rückgang im Vormonat legte der GfK-Konjunkturindikator im August wieder zu. Sowohl die Einkommenserwartung als auch die Anschaffungsneigung verbesserten sich.

Im Jahr 2016 wird in **Italien** das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 0.8 % ausmachen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte tragen auch heuer wesentlich zur konjunkturellen Entwicklung bei. Dies geht einerseits auf die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zurück, andererseits führen Lohnerhöhungen zusammen mit sinkenden Verbraucherpreisen zu einer Verbesserung der Kaufkraft der Haushalte. Auch der Reformprozess stützt die Wirtschaftsentwicklung. Steuersenkungen für Unternehmen und Personen mit niedrigem Einkommen sollten die Nachfrage beleben. Die Investitionstätigkeit konnte jedoch durch diese Maßnahmen bislang nicht angekurbelt werden. Die Wachstumsabschwächung bei den Exporten verschlechtert den Außenbeitrag. Die Arbeitslosenquote sinkt leicht, was auf die Wirkung des neuen Arbeitsrechts zurückgehen könnte. Neue Rechtsvorschriften, die in den vergangenen zwei Jahren zur Geltung kamen, erleichtern es den Unternehmen, Arbeitskräfte zu kündigen. Es sind auch Steuererleichterungen vorgesehen, welche Arbeitgeber entlasten, die Arbeitskräfte einstellen. Im Jahr 2017 dürfte das Wirtschaftswachstum 1.1 % betragen. Die private Konsumnachfrage bleibt belebt. Die Ausrüstungsinvestitionen könnten anspringen, während sich die Schwäche in der Bauindustrie fortsetzen dürfte. Die Exporte werden wieder stärker steigen. Die Inflation könnte anziehen. Die vorrangigen Ziele der Regierung bleiben im Prognosezeitraum die Umsetzung von Arbeitsmarktreformen (Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Im zweiten Quartal 2016 stagnierte das italienische BIP gegenüber dem Vorquartal, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 0.8 % zu. Die Exporte nahmen beträchtlich zu, während die Inlandsnachfrage leicht nachgab. Der private Konsum schwächte sich ab und der öffentliche Konsum sowie die Ausrüstungsinvestitionen gingen zurück. Nach einem Zuwachs im ersten Quartal nahm die Beschäftigung ab. Im dritten Quartal dürfte die Konjunktur schwach geblieben sein. Im August fielen die Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich um 0.2 % zum siebenten Mal in Folge. Mit einer Arbeitslosenquote von 11.4 % im Juli setzt sich der Stabilisierungsprozess am Arbeitsmarkt fort. Für die kommenden Monate ist der Ausblick gedämpft. Die Stimmung von Unternehmern und Verbrauchern trübte sich im August unerwartet deutlich ein (Istat). Der Markt Einkaufsmanagerindex, der 2015 eine aufsteigende Tendenz aufwies, schwächt sich seit dem Jahresbeginn zunehmend ab, signalisiert im September aber noch immer Wachstum.

In **Frankreich** wird das Wirtschaftswachstum 2016 voraussichtlich 1.4 % betragen. Die Inlandsnachfrage bildet die treibende Kraft. Die Konsumnachfrage dürfte sich etwas verstärken,

und einen Aufschwung verzeichnen die Ausrüstungsinvestitionen, die aufgrund von Steuerbegünstigungen stimuliert werden. Die Begünstigungen umfassen Steuersenkungen im Laufe von vier Jahren und eine kurzfristige Steuervergünstigung, die es Unternehmen erlaubt, höhere Abschreibungen im aktuellen Geschäftsjahr vorzunehmen. Auch die Bauinvestitionen sinken heuer kaum noch. Die Außenbilanz verschlechtert sich. Die Verbraucherpreise steigen leicht. Am Arbeitsmarkt könnte eine Stabilisierung einsetzen, denn im Jänner 2016 verabschiedete die Regierung einen Arbeitsplan zur Bekämpfung der seit drei Dekaden anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2017 wird das BIP-Wachstum 1.3 % betragen. Der private und öffentliche Konsum wird das Expansionstempo des Vorjahres beibehalten. Die Investitionstätigkeit könnte sich abschwächen. Die Verbraucherpreise werden anziehen und es ist auch eine weitere Stabilisierung am Arbeitsmarkt wahrscheinlich. Das französische BIP fiel im zweiten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorquartal um 0.1 %, zum Vorjahr legte es um 1.3 % zu. Es gab allerdings Sonderfaktoren wie Streiks in den Raffinerien, weiters war das Wachstum im ersten Quartal äußerst kräftig. Der private Konsum und die Investitionen gaben nach und die Lager wurden abgebaut. Die Beschäftigung nahm im zweiten Quartal zu und die Arbeitslosenquote fiel auf den niedrigsten Stand seit 2012. Im dritten Quartal dürfte die Konjunkturdynamik verhalten geblieben sein. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 10.3 %. Die Inflation machte im August 0.4 % aus. Für die kommenden Monate sind die Konjunkturerwartungen optimistisch. Der Markt Einkaufsmanagerindex, der bis Juli um die Wachstumsschwelle pendelte, stieg im August an und erreichte im September ein 15-Monats-Hoch. Die Impulse gehen noch immer vom Dienstleistungssektor aus, während sich die schlechte Lage in der Güterverarbeitenden Industrie nicht verbesserte. Auch das Insee-Barometer für das Geschäftsklima hellte sich im September überraschend auf.

Im **Vereinigten Königreich** wird sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 voraussichtlich auf 1.6 % abschwächen. In der ersten Jahreshälfte bildete die Inlandsnachfrage die Stütze der Konjunktur. Dies ging vor allem auf die solide Konsumnachfrage zurück, denn das Einkommen der Haushalte wurde von Realloohnerhöhungen und der guten Arbeitsmarktlage gestärkt. Die Güterverarbeitende Industrie befand sich hingegen in einer Rezession. Die Exporte litten unter der schwachen globalen Nachfrage und dem starken Pfund gegenüber dem Euro. Durch das Votum zugunsten eines Brexit am 23. Juli haben sich die Wachstumserwartungen zuerst deutlich eingetrübt. Durch die Abwertung des Pfund verbesserten sich jedoch die Bedingungen in der Güterverarbeitenden Industrie. Aufgrund von politischen Unsicherheiten schieben aber die Unternehmer generell ihre Investitionsvorhaben auf. Wegen der Rezessionsgefahr senkte die Bank of England im August den Leitzinssatz von 0.5 % auf 0.25 %. Im Jahr 2017 wird das BIP-Wachstum 0.8 % betragen. Der private Konsum dürfte sich abschwächen, die Exportentwicklung könnte aber etwas an Dynamik dazugewinnen. Wegen der Abwertung des Pfund könnten die Verbraucherpreise über die 2-Prozent-Marke steigen. Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gehen vor allem von der hohen Verschuldung der Haushalte und der Ausgestaltung der neu abzuschließenden Handelsverträge aus.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im zweiten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.6 % und zum Vorjahresquartal um 2.2 % zu. Zuwächse verzeichneten der private Konsum sowie die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Die Exporte sanken nicht mehr und die Importe legten im Vergleich zum Vorquartal beträchtlich zu. Die Beschäftigung weitete sich aus. Im dritten Quartal dürfte sich die Konjunktur abgeschwächt haben. Die Währungsabwertung begünstigt zwar

die Exporte, allerdings erhöhen sich die Importpreise. Im August betrug die Inflation 0.6 %. Am Arbeitsmarkt ist der Brexit-Effekt noch nicht spürbar. Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaft gewachsen sein, eine Abschwächung könnte jedoch in den kommenden Monaten einsetzen. Laut einer Umfrage der *Confederation of British Industry* im Juli sank das Unternehmerv Vertrauen auf den Stand der letzten Rezession im Jahr 2009. Im August erwarteten die Befragten jedoch eine schwache Belegung in der Güterverarbeitenden Industrie. Auch der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services Index* (PMI) fiel nach dem Referendum unter die Wachstumsschwelle, legte aber im August wieder kräftig zu. Dank des schwächeren Pfund verbesserte sich vor allem die Stimmung in der Güterverarbeitenden Industrie, womit der Teilindex den höchsten Stand seit Oktober 2015 erzielte. Der Dienstleistungssektor verzeichnete ein Wachstum und in der Bauindustrie schwächte sich der Rückgang ab. Auf dem Arbeitsmarkt stiegen im August die permanenten Anstellungen zum ersten Mal seit drei Monaten und die Arbeitnehmerentgelte stiegen (*Markit Report on Jobs*). Das Konsumentenvertrauen (GfK) sank einen Monat nach der Brexit-Abstimmung deutlich, denn die Briten sorgten sich vor allem um den Wert ihrer Eigenheime. Der Vertrauensanstieg im August geht auf die Veröffentlichung von guten Wirtschaftsdaten in Kombination mit niedrigen Zinsen, der schwachen Inflation sowie der hohen Beschäftigung zurück.

Die Wirtschaft der **Schweiz** wird im Jahr 2016 voraussichtlich um 1.4 % wachsen. Die Dynamik verstärkt sich, doch die Wachstumsraten vor dem Franken-Schock bleiben unerreicht. Ausschlaggebend für die konjunkturelle Beschleunigung in diesem Jahr ist das schwungvoll ausgefallene Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr. Die Impulse kamen aus dem Inland, aber auch die Exporte entwickelten sich besser als erwartet. In der zweiten Jahreshälfte wird der private Konsum weiterhin von der Preisentwicklung stimuliert. Die Bauinvestitionen könnten anziehen und die Exporte dürften sich verstärken. Die Verbraucherpreise sinken im laufenden Jahr nicht mehr so stark. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) weicht nicht von ihren rekordtiefen Negativzinsen ab. Damit will sie den aus ihrer Sicht deutlich überbewerteten Franken für Anleger weniger attraktiv machen und die Wirtschaft ankurbeln. Das Zielband für den Referenzzins Dreimonats-Libor beließen sie im September unverändert bei -1.25 % bis -0.25 %. Im Jahr 2017 wird sich die Konjunktur mit einer Wachstumsrate von 1.5 % etwas beschleunigen. Eine stärkere Dynamik dürften vor allem die Bauinvestitionen aufweisen. Die Verbraucherpreise werden nicht mehr sinken. Die Zinsen werden voraussichtlich negativ bleiben. Der starke Franken und das hohe Lohnniveau belasten die Schweizer Industrie.

Das BIP der Schweiz wuchs im zweiten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorquartal um 0.6 %, im Vorjahresvergleich legte es um 1.7 % zu. Die Wachstumsimpulse kamen von der Außenwirtschaft und vom öffentlichen Konsum. Nach einem starken Zuwachs im ersten Quartal stagnierten die Ausgaben der privaten Haushalte und die Ausrüstungsinvestitionen gingen wieder zurück. Die Beschäftigung legte zu. Im dritten Quartal dürfte sich die Konjunktur vorübergehend abgeschwächt haben. Die Verbraucherpreise fielen im August nur noch um 0.2 %. Die Aussichten für die schweizer Wirtschaft sind etwas weniger positiv als noch vor einem Monat und kehren zu ihrem langfristigen Durchschnitt zurück. Das KOF Konjunkturbarometer wies im August einen Rückgang im Vergleich zum Juli auf. Das Barometer fiel somit das erste Mal seit Dezember 2015 wieder unter sein langjähriges Mittel. Der *Markit/Credit Suisse Index* (PMI) stieg von Jänner bis Mai steil an, gefolgt von einer Abschwächung in den folgenden drei Monaten. Im August lag der Index mit 51.0 Punkten knapp über der Wachstumsschwelle.

In den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** verlief die Expansion der Wirtschaftsleistung in der ersten Hälfte des laufenden Jahres robust. Dies war überwiegend auf die Zunahme des privaten Konsums infolge einer steigenden Beschäftigung bei fallenden Arbeitslosenquoten und wachsender Realeinkommen zurückzuführen. Die Investitionen gingen, nach der starken Dynamik im Vorjahr, in allen Ländern mit Ausnahme von Rumänien und Kroatien zurück. Ausschlaggebend hierfür war die verlangsamte Absorption von EU-Fördermitteln, da am Anfang der gegenwärtigen Förderperiode noch nicht so viele Projekte genehmigt worden sind. Der Außenhandel lieferte in Rumänien und Kroatien aufgrund rasch steigender Importe von Konsum- und Investitionsgütern einen negativen Wachstumsbeitrag, während er in den anderen Ländern das Wachstum stützte.

Die expansive Ausrichtung der Geld- und Wirtschaftspolitik unterstützt die Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten in den beiden Prognosejahren. Darüber hinaus dürfte die Wirtschaft dieser Länder von den weiterhin niedrigen Rohstoffpreisen und der noch geringen Inflation in Verbindung mit relativ hohen Lohnzuwächsen profitieren. Wegen des Entfalls des Energiepreiseffekts und der soliden Konjunktur wird die Inflation wieder anziehen. Die expansive Konjunkturdynamik wird den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit fördern. Nach einer schwachen Dynamik im Jahr 2016 dürfte die Umsetzung der mit EU-Mitteln kofinanzierten öffentlichen Investitionsvorhaben im Jahr 2017 zusätzliche Konjunkturimpulse auslösen. Alles in allem ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) um 2.7 % in diesem bzw. 3.1 % im nächsten Jahr zu erwarten.

In **Ungarn** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 1 % gegenüber dem Vorjahr und um 1.9 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde vom privaten Konsum und der Auslandsnachfrage getragen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen gingen, infolge des Wegfalls von Einmaleffekten wie der verstärkten Ausnutzung von EU-Fördermitteln im Vorjahr, zurück. Die niedrigen Energiepreise, Lohnsteigerungen und Steuersenkungen belebten den privaten Konsum. Die Inflation betrug im August -0.1 %. Die Beschäftigung erhöhte sich seit Anfang des Jahres stark. Die Arbeitslosenquote lag im Juni bei 5.1 % und damit deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die guten Arbeitsmarktaussichten und die expansive Fiskal- und Geldpolitik stützen heuer und im nächsten Jahr die Konjunktur. Die langsamere Absorption von EU-Fördermitteln am Anfang der neuen Förderperiode dürfte das Investitionswachstum jedoch dämpfen. Infolgedessen dürfte sich das BIP-Wachstum heuer auf 1.5 % verlangsamen. Im Jahr 2017 könnte sich die Investitionstätigkeit wieder etwas beleben und das BIP-Wachstum dürfte 2.5 % betragen.

Die Wirtschaft in **Polen** expandierte im zweiten Quartal mit 3.1 % zum Vorjahresquartal und um 0.9 % gegenüber dem Vorquartal. Die schwächere Entwicklung seit Jahresanfang ist auf die negative Dynamik der aus EU-Mitteln kofinanzierten Investitionen zurückzuführen. Steigende Löhne und Beschäftigung sowie niedrige Zinsen und Inflation ermöglichten eine starke Zunahme des privaten Konsums. Der öffentliche Konsum erhöhte sich stark. Wegen der kräftigen Importdynamik fiel der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum schwach aus. Die Inflation blieb seit Anfang des Jahres negativ, im August betrug sie -0.5 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und lag im Juli mit 6.1 % um rund 1.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Infolge einer starken Inlandsnachfrage, gestützt durch expansive Fiskalmaßnahmen, dürfte das Wirtschaftswachstum heuer und im nächsten Jahr 3.0 % bzw. 3.5 % betragen.

In **Tschechien** nahm die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 0.9 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte sie sich um 2.6 %. Der private Konsum leistete infolge steigender verfügbarer Einkommen und niedriger Inflation, ähnlich wie die Nettoexporte und der öffentliche Konsum, einen, wenngleich moderaten, Beitrag zur BIP-Expansion. Die Investitionen sanken nach der starken Expansion im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli lediglich 4.2 %. Die Inflation erhöhte sich im August auf 0.6 %. Nach der starken Expansion im Vorjahr dürfte die Wirtschaft Tschechiens in diesem und im nächsten Jahr wegen der langsameren Entwicklung der öffentlichen Investitionen mit 2.5 % bzw. 2.7 % moderat wachsen.

Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres erhöhte sich das BIP in der **Slowakei** im zweiten Quartal um 3.7 % bzw. um 0.9 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde von der Auslandsnachfrage getragen. Während die Investitionen stagnierten, nahmen der private und der öffentliche Konsum moderat zu. Die Inflation entwickelte sich seit Anfang des Jahres negativ und belief sich im August auf -0.8 %. Die Arbeitslosenquote sank im Laufe des heurigen Jahres kontinuierlich und betrug im Juli 9.7 %. Mit stark steigender Beschäftigung und zunehmendem Realeinkommen dürfte die Expansion der Wirtschaftsaktivität heuer und im nächsten Jahr, trotz einer Verlangsamung der öffentlichen Investitionen, 3.4 % und bzw. 3.2 % betragen. Durch geplante ausländische Investitionen in der Automobilindustrie in Höhe von rund 2 Mrd. Euro im Zeitraum 2016 bis 2018 dürfte die slowakische Wirtschaft neue Impulse bekommen.

Im zweiten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung in **Slowenien**, die Produktion nahm um 0.5 % zum Vorquartal bzw. um 1.9 % im Vorjahresvergleich zu. Die Nettoexporte leisteten den größten Beitrag zum Wachstum. Der private und öffentliche Konsum sowie der Lageraufbau verzeichneten ebenfalls positive Beiträge. Während die Ausrüstungsinvestitionen zunahmen, verringerte sich das Volumen der Bauinvestitionen, sodass der Beitrag der Anlageinvestitionen zum Wachstum negativ wurde. Im August sank die Inflationsrate auf -0.2 %. Die Arbeitslosenquote betrug im August 7.9 % und lag damit um 1.4 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das BIP-Wachstum dürfte in den Jahren 2016 und 2017 2.0 % bzw. 2.3 % betragen. Zunehmende Beschäftigung und steigende Löhne werden den privaten Konsum stützen. Schwächere, von der EU kofinanzierte öffentliche Investitionen dürften das BIP-Wachstum hingegen etwas dämpfen.

In **Rumänien** erhöhte sich das BIP im zweiten Quartal 2016 um 5.9 % im Vorjahresvergleich bzw. um 1.5 % gegenüber dem Vorquartal. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen expandierten kräftig. Die Nettoexporte wiesen hingegen einen negativen Beitrag zum Wachstum auf, da sich die dynamische Inlandsnachfrage in steigenden Importen niederschlug. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 6.1 % und verringerte sich damit im Jahresabstand um 0.7 Prozentpunkte. Im August wurde das erste Mal seit Mai 2015 eine positive Inflationsrate (0.3 %) verzeichnet. In der Prognoseperiode bleibt die Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet. Nach den erfolgten Verbrauchssteuersenkungen zu Jahresbeginn, wurde im Mai der Mindestlohn um 19 % angehoben und Anfang September wurden die Gehälter im öffentlichen Sektor für rund 650,000 Beschäftigte erhöht. Infolge eines kräftigen privaten Konsums, gestützt durch steigende Realeinkommen, dürfte die Wirtschaftsleistung 2016 und 2017 um 4.7 % bzw. 3.7 % expandieren.

Im zweiten Quartal blieb das Wachstum in **Bulgarien** mit einer Zunahme um 3.0 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bzw. um 0.7 % gegenüber dem Vorquartal stabil. Die Expansion wurde vom privaten Konsum und den Nettoexporte getragen. Die Ausrüstungsinvestitionen und der öffentliche

Konsum waren hingegen rückläufig. Die Inflationsrate setzte ihre negative Entwicklung fort und betrug im August -1.1 %. Die Arbeitslosenquote lag mit 7.9 % im Juli um 1.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahrsniveau. Mit steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit bekommt der private Konsum in der Prognoseperiode neue Impulse. Der schwächere Euro, an den der bulgarische Lev gekoppelt ist, dürfte die Exporte stützen. Infolgedessen dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2016 und 2017 um jeweils 2.8 % zunehmen.

In **Kroatien** beschleunigte sich das Wachstum und das BIP erhöhte sich im zweiten Quartal um 2.0 % gegenüber dem Vorjahresquartal und um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal. Die Inlandsnachfrage trug das Wachstum. Die Zunahme der Investitionen beschleunigte sich und der private Konsum belebte sich aufgrund höherer verfügbarer Einkommen infolge der Steuerreform. Der Beitrag der Auslandsnachfrage zum Wachstum war dagegen negativ. Im August sank die Inflationsrate auf -1.5 % und die Arbeitslosenquote verringerte sich im Juli auf 13.2 % (-3.3 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). In der Prognoseperiode sind aufgrund der sinkenden Arbeitslosigkeit und steigenden Realeinkommen weitere positive Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Das BIP dürfte in den Jahren 2016 und 2017 aufgrund einer Belebung von der EU kofinanzierten Investitionen um 1.8 % und bzw. 2.0 % expandieren.

In **Russland** setzte sich im zweiten Quartal die Rezession, allerdings mit einem langsameren Tempo als im Vorquartal, fort. Das BIP nahm im Vorjahresvergleich infolge kräftiger Rückgänge bei der Investitions- und privaten Konsumnachfrage um 0.6 % ab. Der Rückgang der Exporte und Importe verlangsamte sich im Vorjahresvergleich und die Nettoexporte stützten das Wachstum. Expansiv wirkte die Erhöhung der Staatsausgaben, insbesondere für Rüstungsgüter. Dadurch weitete sich das Haushaltsdefizit von Jänner bis Juli auf 3.3 % des BIP aus. Trotz Rezession blieb die Arbeitslosenquote im Juni mit 5.4 % niedrig. Die Inflationsrate betrug im Juli 7.2 %. Für 2017 rechnet die Zentralbank mit einem allmählichen Rückgang der Inflation auf 4 %. Die hohe Unsicherheit und die Kapitalknappheit dürften die private Investitionstätigkeit in der Prognoseperiode dämpfen. Der private Konsum wird wegen sinkender Realeinkommen schwach bleiben. Angesichts der schwachen Entwicklung der Importe ist weiterhin von einem positiven Wachstumsbeitrag der Nettoexporte auszugehen. Aufgrund der schwachen Entwicklung des Ölpreises bleibt die Haushaltslage im Jahr 2016 angespannt. Für dieses Jahr ist mit einem erneuten Rückgang des russischen BIP um 0.7 % zu rechnen. Im kommenden Jahr könnte die Wirtschaftsleistung bei einer Stabilisierung des Ölpreises um 1.1 % zunehmen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2013	2014	2015	2016	2017
Welthandel	2.6	2.9	1.6	1.0	2.8
BIP, real					
Deutschland	0.5	1.6	1.7	1.9	1.4
Italien	-1.7	-0.3	0.8	0.8	1.1
Frankreich	0.6	0.6	1.3	1.4	1.3
Vereinigtes Königreich	1.9	3.1	2.2	1.6	0.8
Schweiz	1.8	2.0	0.8	1.4	1.5
USA	1.7	2.4	2.6	1.6	2.3
Japan	1.4	0.0	0.5	0.5	0.6
China	7.7	7.3	6.9	6.6	6.3
Polen	1.3	3.3	3.6	3.0	3.5
Slowakei	1.4	2.5	3.6	3.4	3.2
Tschechien	-0.5	2.7	4.5	2.5	2.7
Ungarn	1.9	3.7	2.9	1.5	2.5
Slowenien	-1.1	3.1	2.3	2.0	2.3
MOEL-5*)	0.9	3.1	3.7	2.7	3.1
Bulgarien	1.3	1.5	3.0	2.8	2.8
Rumänien	3.5	3.0	3.8	4.7	3.7
Kroatien	-1.1	-0.4	1.6	1.8	2.0
Russland	1.3	0.7	-3.7	-0.7	1.1
Euroraum	-0.3	1.1	2.0	1.6	1.4
NMS-6*)	1.3	2.9	3.6	2.9	3.2
EU-28	0.2	1.5	2.2	1.7	1.4
OECD	1.2	1.9	2.2	1.7	2.0
Welt	3.3	3.4	3.1	2.9	3.2
Österreichische Exportmärkte	3.2	3.2	3.6	3.0	3.8
USD/EUR Wechselkurs**)	1.33	1.33	1.11	1.12	1.10
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**)	109.0	99.3	53.0	44.0	52.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

***) absolute Werte

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die Konjunktur in der **österreichischen Außenwirtschaft** bleibt auch 2016 verhalten. Die Exporte leiden unter der weltweit schleppenden Außenhandelsdynamik und der schwächere Euro brachte bislang nicht die erwartete Wirkung. Heuer dürfte das Exportwachstum schwach bleiben. Die Warenexporte werden zulegen, aber das Expansionstempo wird weit schwächer sein als der langjährige Durchschnitt. Die Tourismusexporte werden auch heuer kräftig wachsen, allerdings etwas langsamer als im Vorjahr. Von der erwarteten Festigung der Weltkonjunktur im kommenden Jahr sollte die österreichische Exportwirtschaft profitieren. In den Jahren 2016 und 2017 wird die Handelsbilanz einen leichten Überschuss ausweisen.

Das Wachstum der nominellen Warenexporte laut Statistik Austria beschleunigte sich im zweiten Quartal 2016 im Vorjahresvergleich auf 1.8 %. Die Nachfrage aus Europa legte spürbar zu. Die Exporte in den Euroraum stiegen dabei um 2.4 %. Die Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion wuchsen um 1.1 %, nach einer rückläufigen Entwicklung im Vorquartal. Innerhalb der großen Warengruppen wiesen im zweiten Quartal 2016 die Exporte von chemischen Erzeugnissen sowie von Maschinen und Fahrzeugen mit Zuwächsen von 6.6 % bzw. 4.2 % die stärkste Dynamik auf. Die Exporte von Fertigwaren und Vorleistungen fielen hingegen um 1.1 % bzw. 3.4 %. Im Zuge der weiterhin schleppenden Weltkonjunktur ist für den Jahresdurchschnitt 2016 mit einem Exportwachstum von 1.5% zu rechnen. Das Wachstumstempo wird sich 2017 mit einem Wert von 3.8 % etwas verstärken. Im Jahr 2016 werden die Warenimporte insbesondere aufgrund der stärkeren Binnennachfrage um 1.7 % steigen. Für das Jahr 2017 wird ein Importwachstum von 3.9 % erwartet.

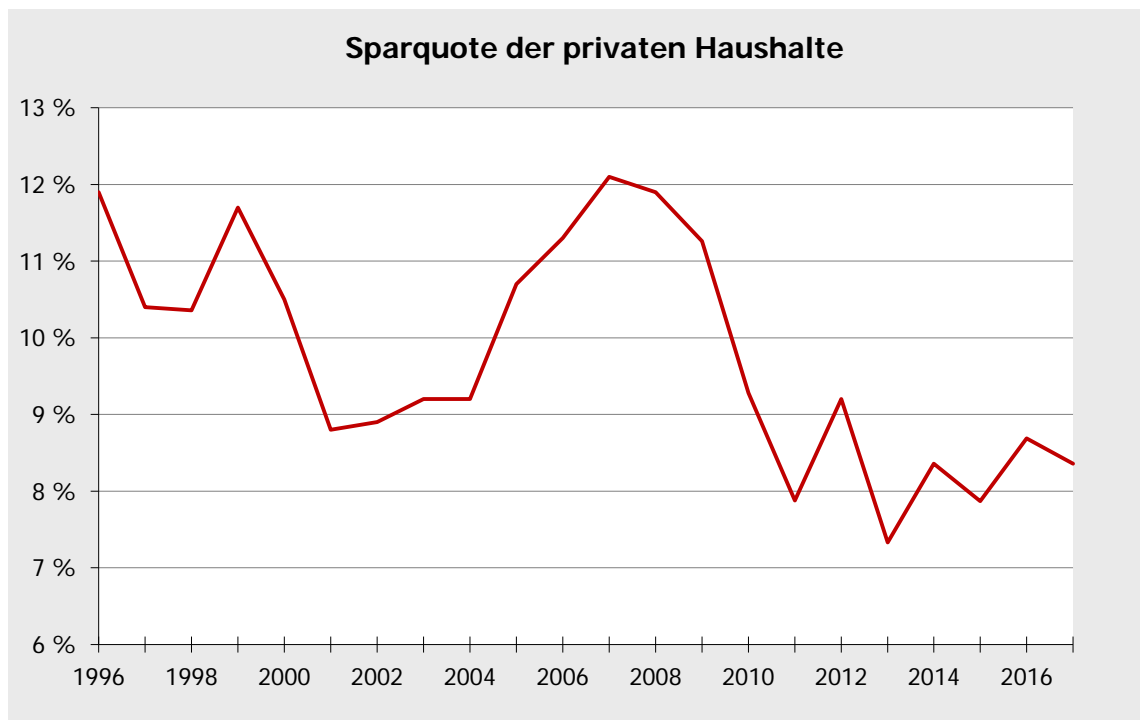
Von Jänner bis August legten die Nächtigung von Ausländern in Österreich um 4.9 % zu. Nach einer guten Wintersaison und dem frühen Ostertermin sanken im Zeitraum April bis Juni die Nächtigungen von Ausländern. In den Sommermonaten Juli und August wurde wieder ein beträchtliches Nächtigungsplus verzeichnet. Ein starker Zuwachs wurde bei den Nächtigungen von Reisenden aus Osteuropa und aus Deutschland erzielt. Rückgänge gab es bei den Nächtigungen von Reisenden aus den USA und den Niederlanden. Im Jahr 2016 könnten die nominellen Reiseverkehrsexporte einen Zuwachs von 4.0 % erzielen. Im kommenden Jahr wird das Nächtigungsplus in der österreichischen Tourismuswirtschaft 2.5 % ausmachen. Für die Reiseverkehrsimporte wird für 2016 ein Rückgang um 1.1 % erwartet, einen Zuwachs von 3.0 % könnte es 2017 geben.

Bei den realen Exporten i. w. S. laut VGR wird für das Jahr 2016 mit einer Zunahme um 2.7 % gerechnet. Im Jahr 2017 werden sie um 3.2 % zulegen. Das Wachstum der realen Warenexporte wird in den Jahren 2016 und 2017 2.8 % bzw. 3.3 % betragen. Aufgrund der regen Inlandsnachfrage werden die realen Importe i. w. S. laut VGR in den Jahren 2016 und 2017 um 3.3 % bzw. 3.5 % zunehmen. Für die realen Warenimporte ist in den Jahren 2016 und 2017 mit einem Anstieg um 4.0 % bzw. 3.4 % zu rechnen.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Österreichs Haushalte zeigen derzeit ein lebhaftes Konsuminteresse. Die aus dem bereits abgelaufenen Teil des Jahres 2016 erhältlichen monatlichen Frühindikatoren bestätigen diesen Gesamteindruck, denn die Belebung wird ebenso in den Einzelhandelsumsätzen sichtbar wie in den Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen. Der Impuls der Steuerreform scheint also der adäquate Hebel gewesen zu sein, um die Haushaltsnachfrage aus einer mehrjährig anhaltenden Stagnationsphase mit realen Rückgängen und einer insgesamt flauen Stimmung heraus zu locken.

Der **private Konsum** verzeichnet im laufenden Jahr die stärkste Expansionsrate seit 2006. Der reale Konsum der privaten Haushalte wächst um 1.4 %, also annähernd im Gleichschritt mit der Gesamtwirtschaft. Da durch die Steuerreform die verfügbaren Realeinkommen einen Wachstumsschub von 2.4 % erleben, ergibt sich ein Anstieg der Sparquote der österreichischen Haushalte um 0.8 Prozentpunkte auf 8.7 %. Ein solcher Aufbau der Haushaltssparquoten ist im Zuge von Steuerreformen auch zu erwarten. Ein Teil des reformbedingten und daher vom Haushalt nicht geplanten oder erwarteten Einkommenszuwachses wird also erst im kommenden Jahr nachfragewirksam. Für 2017 weist die Prognose ein reales Konsumwachstum von 1.1 % aus, das einer Expansionsrate der verfügbaren Realeinkommen von 0.8 % gegenüber steht. Die Haushaltssparquote wird demnach ein wenig zurückgehen.



Die Grafik zeigt die Bewegungen in der Entwicklung der **Haushaltssparquote** seit 1996. Deutlich zu erkennen ist, dass diese Kenngröße in den Jahren 2005 bis 2010 einen Wellenberg gebildet hat, der seither von unregelmäßigen Fluktuationen auf dem Niveau von rund 8 % bis 9 % abgelöst wurde. Für die Bewegungen der Haushaltssparquote existieren mehrere Erklärungsansätze. Fehlerkorrekturmodelle stellen die Orientierung an einem langfristigen Zielwert in den Vordergrund. Ein solcher Zielwert könnte etwas oberhalb der derzeitigen Quote liegen. Einen anderen wichtigen

Erklärungsansatz bildet allerdings die Zusammensetzung der Haushaltseinkommen. Mit einer Verzögerung von einem Jahr wirkt die Lohneinkommensquote auf das Niveau der Haushaltssparquote entscheidend ein. In den Jahren 2004 bis 2008 war der Anteil der Lohneinkommen etwas niedriger als vorher und nachher, zeitweilig lag er unter 70 %. Lohneinkommen sind stärker konsumwirksam als andere Einkommen, und tatsächlich fällt in dieser Phase geringerer Lohnanteil mit starken Haushaltssparquoten zusammen, also mit Konsumzurückhaltung. Nun ist die Lohneinkommensquote jedoch wieder auf rund 75 % gestiegen, die Sparquoten sind entsprechend niedriger geworden. Auch die im laufenden Jahr wirksame Steuerreform lässt die Sparquote nur moderat ansteigen, in der Folge wird sie sich auf gut 8 % stabilisieren. Die ausgewogene Wirkung der Steuerreform auf unterschiedliche Einkommensquellen zieht eine gleichmäßige Präferenz für Sparen und Konsumieren nach sich.

Das relativ kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wird oft gemeinsam mit dem privaten Konsum behandelt, seine Dynamik hat sich jedoch zuletzt deutlich vom Konsum der Haushalte getrennt, die Zuwachsraten sind systematisch etwas höher. Heuer wächst dieses Aggregat real um 2.5 %, im kommenden Jahr um 1.5 %.

Im ersten Halbjahr wurden die Anlageinvestitionen kräftig ausgeweitet. Dabei erzielten die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal und die Bauinvestitionen im ersten Quartal das stärkste Wachstum im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal seit 2013.

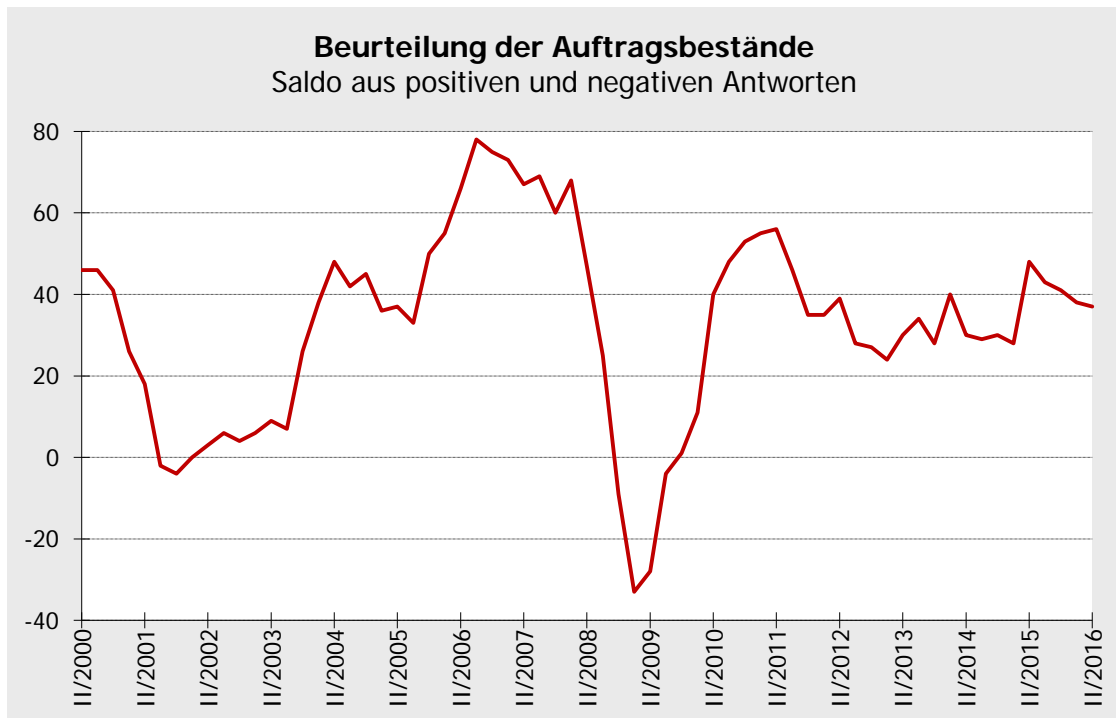
Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen, Forschung und Entwicklung) waren im ersten Halbjahr 2016 um 3.2 % höher als im ersten Halbjahr 2015. Im zweiten Quartal erreichte das Wachstum knapp 5 %. Mit 22.5 % im ersten Halbjahr bzw. 23.4 % im zweiten Quartal fiel die Zunahme bei den Fahrzeuginvestitionen sehr kräftig aus. In Maschinen und Geräte wurde von April bis Juni um 7.7 % mehr investiert als ein Jahr zuvor. Unterdurchschnittlich war das Wachstum bei den sonstigen Anlagen (Computersoftware, Lizenzen, geistiges Eigentum, Nutztiere und Nutzpflanzen).

Die Faktoren, die zu der kräftigen Investitionstätigkeit im bisherigen Jahresverlauf beigetragen haben, stützen die Sachkapitalbildung auch im weiteren Prognosezeitraum. Hier ist vor allem die Belebung der Nachfrage aus dem In- und Ausland zu nennen. Österreich profitiert von der robusten Konjunktur in Deutschland und der Belebung bei anderen wichtigen Handelspartnern. Nach einer vierjährigen Phase schwacher Investitionstätigkeit hat sich zudem ein hoher Ersatzbedarf aufgestaut. Darüber hinaus bleiben die Finanzierungsbedingungen vorteilhaft. Die Zinsen sind weiterhin sehr niedrig. Die Richtlinien für Unternehmenskredite haben sich gemäß den Österreich-Ergebnissen im Rahmen der euroraumweiten Umfrage zum Kreditgeschäft (*Bank Lending Survey*) im zweiten Quartal nicht verändert. Für das dritte Quartal erwarteten die Geschäftsbanken eine leichte Verschärfung. Hohe Geldvermögensbestände erleichtern den Unternehmen die Selbstfinanzierung von Investitionsprojekten.

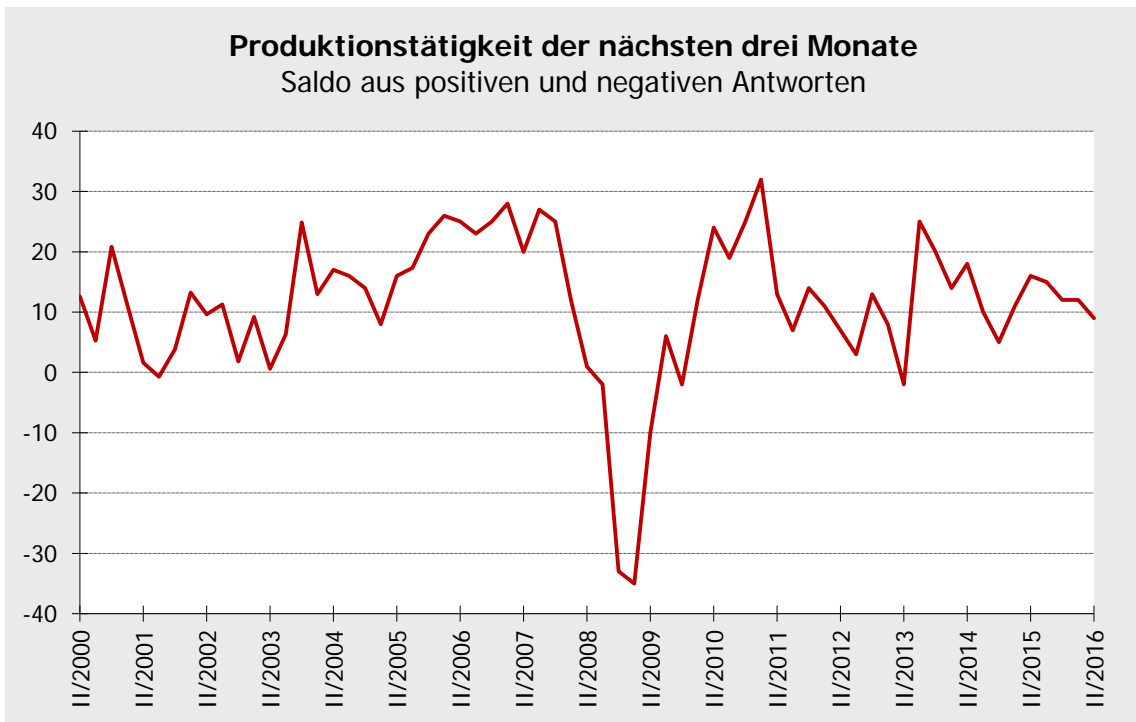
Mehrere Gründe sprechen allerdings dafür, dass die Wachstumsraten der Investitionen hinter jenen in früheren Aufschwungphasen zurückbleiben. So belebt sich die globale Konjunktur zwar, aber eher verhalten. Zudem hat im Gefolge der Entscheidung der britischen Wähler für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU die wirtschaftliche Unsicherheit zugenommen. Dies kommt auch in den von der Industriellenvereinigung veröffentlichten unternehmensbezogenen

Stimmungsindikatoren zum Ausdruck. Zudem hat sich trotz der Nachfragesteigerung die Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie im Verlauf dieses Jahres sogar sukzessive verringert. Unter Berücksichtigung der genannten Faktoren erwartet das Institut, dass die Ausrüstungsinvestitionen im heurigen Jahr um 3.5 % und im Jahr 2017 um 2.8 % ausgeweitet werden.

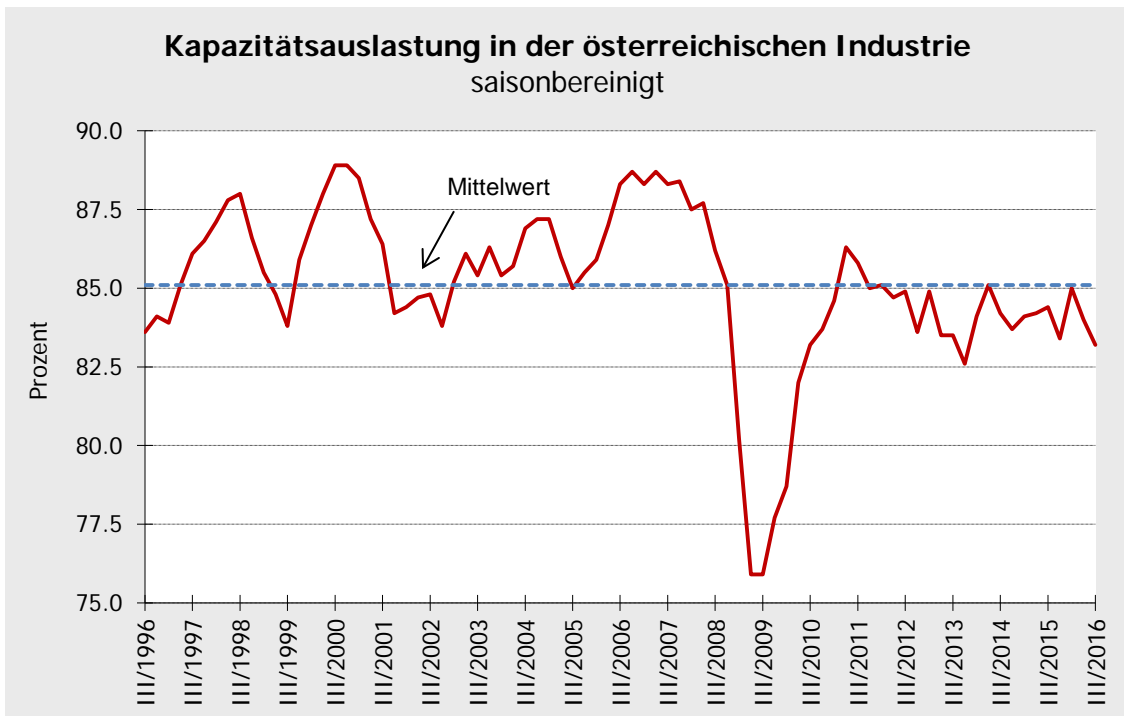
Die verhaltene globale Investitionstätigkeit und der anhaltende Abwärtsdruck auf die internationalen Preise für Industrierohstoffe und Energie haben dazu geführt, dass sich die Steigerung des Preisindex für die Ausrüstungsinvestitionen seit Mitte 2015 abgeschwächt hat und im zweiten Quartal 2016 nur noch 0.6 % betrug. Da die internationale Investitionsgüternachfrage nur allmählich Fahrt aufnimmt und die Rohstoffpreise weitgehend stabil bleiben dürften, ist auch für die Investitionsgüterpreise lediglich eine moderate Steigerung zu erwarten. Das Institut geht davon aus, dass der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2016 und 2017 um 0.8 % bzw. 1.0 % zunehmen wird.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Nachdem die **realen Bauinvestitionen** sechs Quartale in Folge gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal gesunken waren, sind sie seit Jahresbeginn aufwärts gerichtet. In saisonbereinigter Rechnung erfolgte die Wende bereits Ende 2015, nach sieben Quartalen mit Rückgängen. Im ersten Halbjahr waren die Wohnbauinvestitionen um 1.4 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 2.8 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Für den Prognosezeitraum kann mit einer Fortsetzung der positiven Entwicklung der Bauinvestitionen gerechnet werden. Der Wohnbau profitiert von der anhaltenden Ausweitung der Bevölkerung, steigenden Immobilienpreisen und der Stärkung der verfügbaren Einkommen durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Steuerreform. Auch die Wohnbauinitiative der Bundesregierung stützt die Bautätigkeit. Die Baubewilligungen sind im ersten Quartal stark gestiegen, vor allem für Gebäude mit drei oder mehr Wohnungen. Die Finanzierungskonditionen bleiben äußerst günstig, auch wenn die Richtlinien für Wohnbaukredite gemäß dem *Bank Lending Survey* sowohl im zweiten als auch im dritten Quartal leicht verschärft wurden.

Mit den steigenden Ausrüstungsinvestitionen dürfte ebenfalls die Bautätigkeit der Unternehmen anziehen. Auch in diesem Segment sollten die niedrigen Zinsen zunehmend zum Tragen kommen. Der Tiefbau wird dagegen wohl auch in der näheren Zukunft nur mäßig zum Wachstum der Bauinvestitionen beitragen, da sich hier – trotz des niedrigen Zinsniveaus – die weiterhin angespannte Finanzlage vieler Gemeinden niederschlägt. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 1.8 % und im kommenden Jahr um 1.5 % ausgeweitet werden.

Die moderate Entwicklung der Lohnkosten im Baubereich und der nur schwache Anstieg der Preise für auf Erdöl basierende Baumaterialien hielten den Auftrieb der Baupreise im bisherigen Jahresverlauf in Grenzen. Im ersten Halbjahr waren die Preise im Hochbau um 1.8 % höher als im ersten Halbjahr 2015, während der Preisindex im Tiefbau im Durchschnitt stagnierte. Dabei war im Tiefbau im zweiten Quartal ein Anstieg um 0.5 % zu verzeichnen, nach Rückgängen seit Anfang 2015. Insgesamt erhöhten sich im Durchschnitt der ersten sechs Monate 2016 der Baupreisindex um 1.1 % und der Deflator der Bauinvestitionen um 1.4 %. Im Prognosezeitraum dürfte der Konjunkturaufschwung zu einem etwas stärkeren Preisdruck im Baubereich beitragen. Insbesondere wird der Preisrückgang bei erdölbasierten Materialien wie Bitumen wohl nicht anhalten. Die jüngste Entwicklung der Preise im Tiefbau deutet bereits auf etwas stärkere Preisanstiege in der Zukunft hin. Insgesamt erwartet das Institut, dass der Preisindex der Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 1.5 % und im kommenden Jahr um 1.8 % steigt.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen folgt, dass die **Bruttoanlageinvestitionen** in den Jahren 2016 und 2017 um 2.7 % bzw. 2.2 % steigen werden. Von den Lagerbestandsveränderungen dürften positive Wachstumsbeiträge ausgehen, sodass die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) mit 3.1 % bzw. 2.4 % in beiden Prognosejahren stärker als die Anlageinvestitionen ausgeweitet werden.

Die Situation der **öffentlichen Haushalte** wird im Prognosezeitraum stark von Sonderfaktoren beeinflusst. Die Steuerreform und die Zusatzkosten für die Integration der Asylwerber überlagern dabei das weiterhin notwendige Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung. Vor dem Hintergrund der nur moderaten wirtschaftlichen Erholung sorgen die zusätzlichen Ausgaben für innere und äußere Sicherheit, sowie für die Maßnahmen zur Integration der anerkannten Flüchtlinge und insbesondere die Steuerreform für eine kurzfristige Abkehr von einem weitgehend

ausgeglichenen Staatshaushalt. Das Institut unterstellt, dass die im Zuge der Steuerreform beschlossenen Maßnahmen rigoros umgesetzt werden, geht aber dennoch weiterhin von einer verzögerten Wirkung der Gegenfinanzierungsmaßnahmen aus. Die gesamtstaatliche Defizitquote wird daher ausgehend von 1.0 % im Vorjahr deutlich auf 1.8 % ansteigen und im Jahr 2017 nur langsam auf 1.4 % zurückgehen.

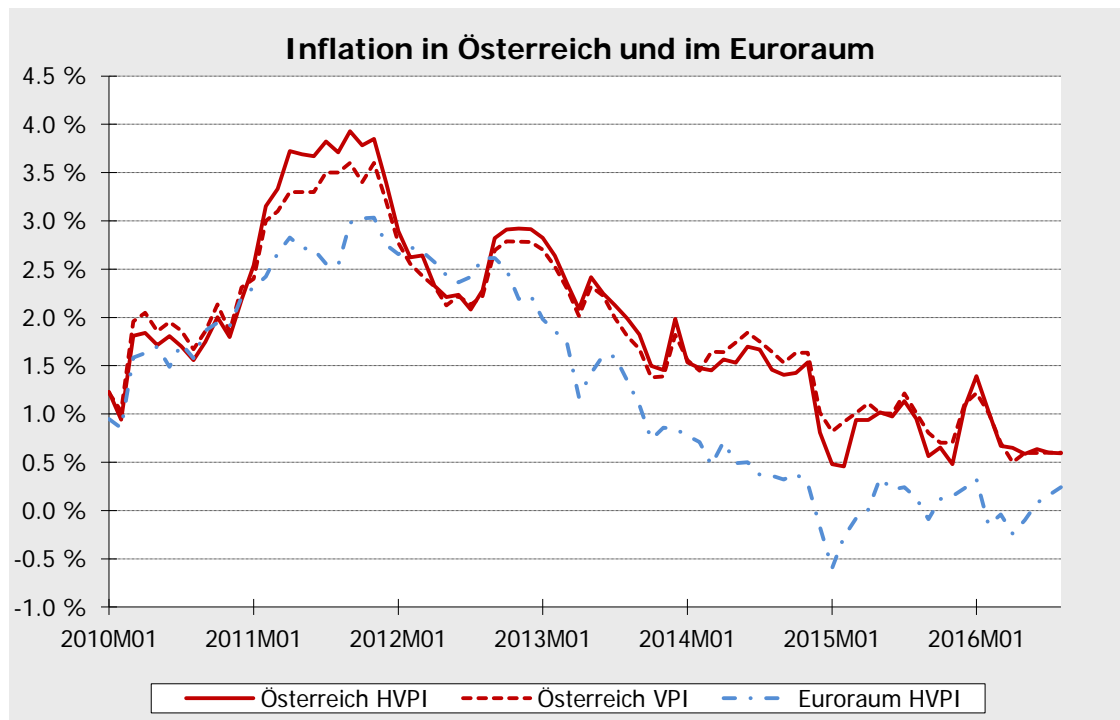
Dieser kurzfristig deutliche Anstieg des Maastricht-Defizits ist wesentlich durch die seit Beginn des Jahres geltende Steuerreform bedingt. Zum einen haben Vorzieheffekte, insbesondere im Bereich der Kapitalertragsteuer auf Dividenden, das Defizit im Vorjahr gesenkt, was einen deutlichen Rückgang der Steuereinnahmen in diesem Bereich im Prognosezeitraum erwarten lässt. Zum anderen hat die Tarifänderung der Lohn- und Einkommensteuer die erwünschte steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen mit sich gebracht. Diese schlägt sich, trotz robuster Einnahmen aus Körperschaftsteuern, in einer geringen Dynamik der Einnahmen aus direkten Steuern nieder. Dem gegenüber steht ein robuster Anstieg der Produktionsabgaben aufgrund des deutlichen Anstieges des privaten Konsums und der Wirkungen der Maßnahmen zur Gegenfinanzierung. Nach derzeitigen Einschätzungen reichen diese Zusatzeinnahmen im Prognosezeitraum jedoch noch nicht aus, um die direkten Mindereinnahmen zu kompensieren.

Zusätzlich zu der kurzfristigen Belastung des Budgets durch die Steuerreform kommen die Kosten zur Bewältigung des starken Zustroms an Flüchtlingen. In der Prognose werden daher für 2016 und 2017 jeweils gut 0.2 % des BIP an zusätzlichen Kosten berücksichtigt, was für das laufende Jahr den zusätzlichen Mitteln in den Bereichen Inneres und militärische Angelegenheiten in der BFG-Novelle entspricht. Da die weitere Entwicklung ebenso wie die Anerkennungsrate der Asylwerber weiterhin nur sehr schwer abschätzbar ist, sind zusätzliche budgetäre Kosten für Erstbetreuung, Integrationsmaßnahmen, soziale Absicherung und Grenzsicherung mit starker Prognoseunsicherheit behaftet.

Während die hohe Zahl an Arbeitslosen einen Anstieg der öffentlichen Ausgaben mit sich bringt, fällt im Vergleich zum Vorjahr die budgetäre Belastung durch die Kosten der Abwicklung der HETA weg. Zusätzlich gehen durch das außerordentlich niedrige Zinsniveau, trotz der sehr hohen Verschuldung, die Finanzierungskosten für den Staat deutlich zurück. Der reale öffentliche Konsum wird aufgrund notwendiger Einsparungsmaßnahmen trotz zusätzlicher Ausgaben für Flüchtlinge nur um 1.0 % bzw. 0.5 % wachsen und daher nur wenig Wachstumsimpulse liefern.

Das Ziel des strukturellen Nulldefizites wird im Jahr 2016, unabhängig von der Behandlung der Zusatzkosten für Asylwerber in der Berechnung des strukturellen Defizits, nicht erreichbar sein, und auch für den weiteren Prognosezeitraum besteht noch Konsolidierungsbedarf in der Größenordnung von ungefähr ½ Prozent des BIP. Auch aufgrund der geringen Inflation haben sich die Zuschüsse zu den Pensionen zuletzt etwas besser entwickelt. Dennoch besteht weiterhin Unsicherheit hinsichtlich der längerfristigen Wirkung der Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters. Die Einbindung der subnationalen Gebietskörperschaften im Zuge der derzeitigen Neuverhandlung des Finanzausgleiches ist entscheidend für die längerfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Eine klare Abgrenzung und Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und mehr Transparenz in den Finanzbeziehungen können zu einer besseren Anreizkompatibilität und Effizienzgewinnen in der öffentlichen Verwaltung führen.

Die Zuwachsraten der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** haben im zweiten Quartal dieses Jahres mit 1.3 % gegenüber dem Vorjahresquartal erwartungsgemäß an Schwung verloren. Die Effektivlöhne folgten dabei der Entwicklung der Tariflöhne, die mit 1.5 % ebenfalls eine spürbare Verlangsamung im zweiten Quartal verzeichneten. Die Lohndrift bleibt somit das fünfte Jahr in Folge negativ. Für den Jahresdurchschnitt 2016 erwartet das Institut einen Anstieg der Effektivlöhne von 1.4 %. Damit ergibt sich ein Reallohnplus von 0.2 %. Aufgrund der Steuerreform steigen die Nettolöhne dieses Jahr um gut eineinhalb Prozent. Für nächstes Jahr wird mit einem nominellen Lohnwachstum von 1.6 % gerechnet. Dämpfend wirken hierbei die geringe Inflationsrate der letzten zwölf Monate, die – neben der Produktivität – als Verhandlungsbasis für die anstehende Lohnrunde dient, sowie die ungünstige Arbeitsmarktsituation. Die Reallöhne stagnieren somit im nächsten Jahr.



Quelle: Statistik Austria, Eurostat

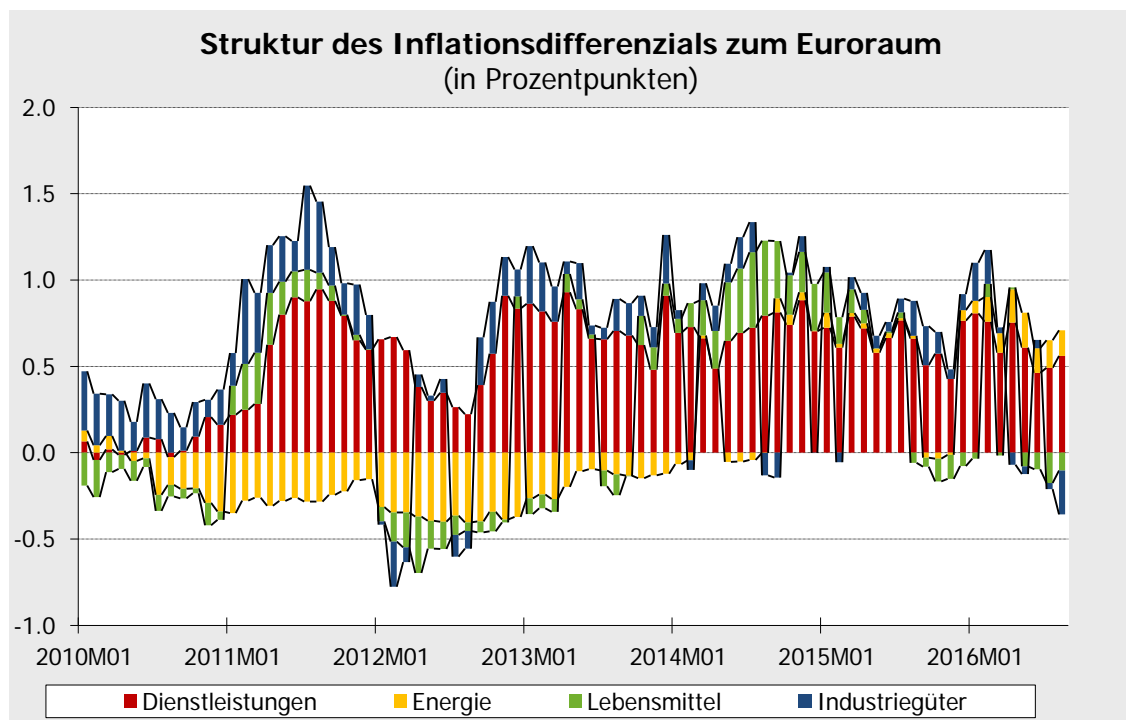
Die **Inflationsrate** laut VPI liegt seit Mai dieses Jahres konstant bei 0.6 %. Die etwas höheren Inflationsraten zur Jahreswende sind mehrheitlich witterungsbedingten Sondereffekten zuzuschreiben. Die seit Ende 2014 anhaltende mäßige Teuerung des Verbraucherwarenkorb ist maßgeblich dem Preisverfall des Rohöls geschuldet, der die Inflationsrate im nun fast zweijährigen Mittel um 0.6 Prozentpunkte senkte. Den Berechnungen des Instituts zufolge wird dieser Preiseffekt in den nächsten Monaten auslaufen. Die negativen Inflationsbeiträge aus dem Bereich Energie werden somit gänzlich wegfallen. Hinweise auf die Überwälzung der Anhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes finden sich vereinzelt, etwa bei Ticketpreisen für Kinos oder Übernachtungen im oberen Preissegment. Preistreibend sind nach wie vor die Bereiche Restaurants, Bars und Hotels. Alles in allem erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt 2016 eine Inflationsrate von 0.9 %. Unter der Annahme einer stabilen Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise und einer moderaten Lohnstückkostendynamik sollte die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt 2017 1.6 % betragen.

Inflationsraten im Überblick

	2014	2015	2016	2017
Österreich laut VPI (%)	1.7	0.9	0.9	1.6
Österreich laut HVPI (%)	1.5	0.8	0.9	1.6
Euroraum laut HVPI (%)	0.4	0.0	0.2	1.3

Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Für den Euroraum erwartet das Institut einen Anstieg des **Harmonisierten Verbraucherpreisindex** (HVPI) von 0.2 % im Jahresschnitt 2016 bzw. von 1.3 % im Jahr 2017. Somit ist die österreichische Inflationsrate im Vergleich zum Euroraum weiterhin deutlich höher. Allerdings mehren sich jüngst die Anzeichen, dass sich in einigen Ländern des Euroraums der Preisaufrtrieb verstärkt und somit die österreichische Inflationsrate sich dem europäischen Mittel wieder annähert. So trugen in den letzten vier Monaten die Preise für Lebensmittel und Konsumgüter zur Verkleinerung des Inflationsdifferenzials bei. Die Prognose für 2017 impliziert, dass sich das Inflationsdifferenzial zum Euroraum von derzeit 0.7 Prozentpunkten auf 0.3 Prozentpunkte reduzieren wird. Eine schnellere Rückkehr ins europäische Mittelfeld wird aber weiterhin durch den im Vergleich stärkeren Preisdruck im Bereich der Dienstleistungen verhindert.



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Im Prognosezeitraum stabilisiert sich die **Arbeitsmarktlage**. Die Beschäftigung wird kräftig ausgeweitet und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen blieb zumindest heuer annähernd konstant. Das Wachstum des Arbeitskräfteangebots ist weiterhin hoch, insbesondere aus dem Ausland, aber auch bei den Frauen und Älteren. Zusätzlich strömen auch vermehrt Asylberechtigte auf den Arbeitsmarkt. Im heurigen Jahr dürfte die Beschäftigung um 1.5 % ausgeweitet werden, für nächstes Jahr erwartet das Institut einen Anstieg um 1.1 %. Die Arbeitslosenquote (nationale

Definition) sollte heuer 9.2 % betragen und nächstes Jahr auf 9.5 % klettern. Die größte Prognoseunsicherheit geht weiterhin von der Arbeitsmarktintegration der Asylberechtigten aus.

Im bisherigen Jahresverlauf hat die Beschäftigungsnachfrage deutlich zugelegt. Im August lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** um 59,000 bzw. 1.7 % über dem Vorjahresniveau. Das etwas höhere Expansionstempo bei den männlichen Beschäftigten reflektiert die Erholung im Produktionssektor. Im Vorjahresvergleich hat die Beschäftigung in allen Wirtschaftssektoren zugelegt. In der Sachgüterproduktion entstanden im Jahresabstand per Saldo 4,000 zusätzliche Arbeitsplätze. Merklich expansiv waren die Bereiche Metall, Maschinenbau, Chemie sowie Elektro/Elektronik, Beschäftigungsverluste verzeichneten hingegen die Branchen Textil, Herstellung von Glas/Möbel/sonstige Waren sowie Holz/Papier/Druckerei. Am Bau legte die Zahl der Beschäftigten im Jahresabstand um 2,600 Personen zu. Im Dienstleistungssektor expandiert die Beschäftigung weiterhin breitflächig, insgesamt nahm die Zahl der Beschäftigten um 52,200 Personen zu. Besonders kräftig fielen die Zuwächse bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen (14,500) und im Gesundheitswesen (9,000) aus. In den Bereichen Beherbergung/Gastronomie, Handel und öffentliche Verwaltung wurden jeweils rund 6,000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Die konjunkturelle Dynamik und der Indikator der offenen Stellen deuten auf eine Fortsetzung des kräftigen Beschäftigungswachstums hin. Für den Jahresdurchschnitt 2016 wird somit weiterhin ein Anstieg der Aktiv-Beschäftigten um knapp 52,000 Personen bzw. 1.5 % erwartet. Auch im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigung noch kräftig aber mit geringfügig verlangsamtem Tempo expandieren (1.1 %).

Arbeitsmarktentwicklung 2016

	Jänner bis August (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	49,380	1.4 %
Männer	29,766	1.5 %
Frauen	19,615	1.2 %
Aktiv-Beschäftigte*	51,109	1.5 %
Primärer Sektor	436	0.6 %
Sachgüterproduktion	839	0.1 %
Bau	2,823	1.2 %
Dienstleistungssektor	46,981	1.8 %
Arbeitslose	5,511	1.6 %
Männer	401	0.2 %
Frauen	5,110	3.5 %
Schulungsteilnehmer	2,538	4.0 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

* ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdieners mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

In den letzten Monaten stagnierte die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen**. So lag im August die Arbeitslosenzahl nur noch um 2,700 Personen bzw. 0.8 % über dem Vorjahresniveau. Inkludiert man die Schulungsteilnahmen, betrug der Anstieg 4,000 Personen. Während die Arbeitslosigkeit bei den Männern rückläufig ist, steigt die Zahl der arbeitslosen Frauen noch leicht an. Die Entwicklung der sektoralen Verteilung der Arbeitslosen spiegelt ebenfalls die konjunkturelle Erholung wider. Während die Arbeitslosenzahlen in der Sachgüterproduktion und am Bau im Jahresabstand zurückgehen, stiegen sie im Dienstleistungsbereich (Handel, persönliche Dienstleistungen, Gastronomie/Beherbergung) noch etwas. Die saisonbereinigten Daten weisen seit einem Jahr eine nahezu unveränderte Arbeitslosenzahl aus.

Der Konjunkturaufschwung und die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit sollten eigentlich zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit führen. Der kräftige Beschäftigungsanstieg reicht allerdings weiterhin nur aus, das steigende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Insbesondere die Migration aber auch die erhöhte Erwerbsneigung der Älteren und der Frauen treiben weiterhin das Arbeitskräfteangebot an. Zusätzlich ist noch der Sondereffekt des Zustroms der Asylberechtigten auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen. Ende Juli waren 25,000 Personen mit Asylstatus beim AMS als arbeitslos vorgemerkt (15,200) bzw. haben an Schulungsmaßnahmen teilgenommen (9,800). Im Vorjahresvergleich war damit ein Anstieg um 8,000 Personen zu verzeichnen. Im Jahresverlauf ist es aber bisher nicht zu einer stärkeren Dynamik gekommen, wie aufgrund der Entwicklung der Asylanträge im Vorjahr zu erwarten gewesen wäre. Das Institut geht aber weiterhin von der Annahme aus, dass der starke Zustrom an Asylwerbern im Vorjahr letztendlich auch in der Arbeitsmarktstatistik reflektiert wird. Im weiteren Jahresverlauf sollte die Arbeitslosenzahl daher leicht ansteigen. Insgesamt ergibt sich somit für den Arbeitslosenbestand ein Anstieg um 7,000 Personen im Durchschnitt des heurigen Jahres. Nächstes Jahr wird gegenwärtig von einem Anstieg um 19,000 Personen ausgegangen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die Zahl der Asylberechtigten, die am Arbeitsmarkt auftreten, kräftig ansteigt. Insgesamt gesehen fällt die Arbeitsmarktprognose geringfügig optimistischer als im Juni aus. Die Auswirkungen der Asylthematik auf die Arbeitsmarktstatistik bilden weiterhin ein großes Prognoserisiko.

Im heurigen Jahr wird die Arbeitslosenquote (nationale Definition) 9.2 % betragen und damit nahezu unverändert ausfallen. Die äußerst kräftige Beschäftigungsnachfrage kann den Zuwachs des Arbeitskräfteangebots fast vollständig aufzunehmen. Im nächsten Jahr wird die Arbeitslosenquote auf 9.5 % klettern. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition sollte im Prognosezeitraum 6.1 % bzw. 6.2 % betragen.

Die Arbeitsmarktlage im Prognosezeitraum ist durch ein starkes Beschäftigungswachstum bei einem für österreichische Verhältnisse extrem hohen Niveau der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Bei der Interpretation der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist das steigende Arbeitskräfteangebot zu berücksichtigen. Obwohl es kurzfristig zu Friktionen kommen kann, ist ein höheres Arbeitskräftepotenzial vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung positiv zu sehen. Die Zuwanderung hat das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft spürbar erhöht. Allerdings ist die Arbeitslosenquote in den letzten Jahren immer angestiegen. Kritisch ist vor allem die steigende Langzeitarbeitslosigkeit zu sehen. Aktivierungs- und Qualifikationsmaßnahmen für diese Gruppe sind angesagt, um eine langfristige Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt zu verhindern. Weiters muss die starke Ausweitung der offenen Stellen bei gleichzeitig hoher Arbeitslosenquote als

Indiz für qualifikatorischen Mis-Match, also das Auseinanderklaffen von nachgefragten und angebotenen Kompetenzen, interpretiert werden. Der rasche technologische Wandel erfordert eine permanente Bereitschaft der Arbeitnehmer zu Re- und Weiterqualifikation. Die qualifikatorischen Maßnahmen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind daher zu begrüßen. Eine verstärkte Förderung von gering qualifizierten Arbeitnehmern erscheint wünschenswert, da deren Arbeitsmarktchancen sonst weiter sinken werden. Notwendig wäre allerdings auch eine stärkere Fokussierung auf die Präventionskomponente. Eine Bildungsreform, die das Entstehen von Defiziten bei den Basisqualifikationen der Jugendlichen möglichst früh bekämpft, steht weiterhin aus. Das hohe Arbeitslosigkeitsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund legt nahe, dass Integrationsmaßnahmen mit stärkerem Arbeitsmarktbezug eingesetzt werden sollten.

Zur Lösung der aktuellen Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt reicht die aktive Arbeitsmarktpolitik (Qualifizierungspolitik) nicht aus. Reformen sind etwa notwendig, um die für eine Senkung der Arbeitslosigkeit notwendige Erhöhung der Arbeitsnachfrage zu generieren. So könnte etwa eine merkliche Lohnnebenkostensenkung die Beschäftigungsnachfrage kräftigen. Weitere Maßnahmen zur Arbeitszeitflexibilisierung, die dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erhöhen, sind anzudenken.

5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum liegen seit der Zinssenkung im März unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0 %, der Zinssatz für die Spitzenfazilität liegt bei 0.25 % und jener für die Einlagenfazilität liegt bei -0.40 %. Banken müssen also weiterhin dafür bezahlen, wenn sie Geld (neben der Mindestreserve) bei der EZB anlegen. Die *Bank of England* hat im August als Reaktion auf die Brexit-Abstimmung den Leitzinssatz (*official bank rate*) von 0.5 % auf 0.25 % gesenkt – der erste Zinsschritt seit März 2009. In den USA gab es seit der Zinswende im vergangenen Dezember, als die Spanne für den Zielsatz für Taggeld auf 0.25 – 0.50 erhöht wurde, keine weitere Zinserhöhung. Allerdings wird für Ende des Jahres mit einer Anhebung des Zielsatzes gerechnet. In Japan sind die Leitzinsen seit ihrer Rücknahme im Februar auf -0.1 % konstant geblieben. Auch in der Schweiz blieben die Leitzinsen zuletzt unverändert. Dort liegt das gesamte Zielband für den 3-Monats-Libor seit Anfang 2015 im negativen Bereich (-1.25 % bis -0.25%).

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, liegt weiterhin deutlich unter der Zielmarke der EZB von knapp 2 %. Immerhin wurden in den vergangenen Monaten wieder geringfügig steigende, positive Inflationsraten verzeichnet. Im Juni, Juli und August betrug die Inflation im Euroraum 0.1 %, 0.2 % bzw. 0.2 %. Davor gab es, außer im Jänner, keine positiven Preisveränderungen. Gegen Ende des Jahres sollte die Inflation weiter leicht anziehen, sodass für den Jahresdurchschnitt 2016 mit einem Wert von 0.2 % gerechnet wird. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut keinen Zinsschritt der EZB. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2013	0.25	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2014	0.05	0 – 0.25	0.5	-0.75 – 0.25	0.1
Ende 2015	0.05	0.25 – 0.5	0.5	-1.25 – -0.25	0.1
23.9.2016	0.00	0.25 – 0.5	0.25	-1.25 – -0.25	-0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

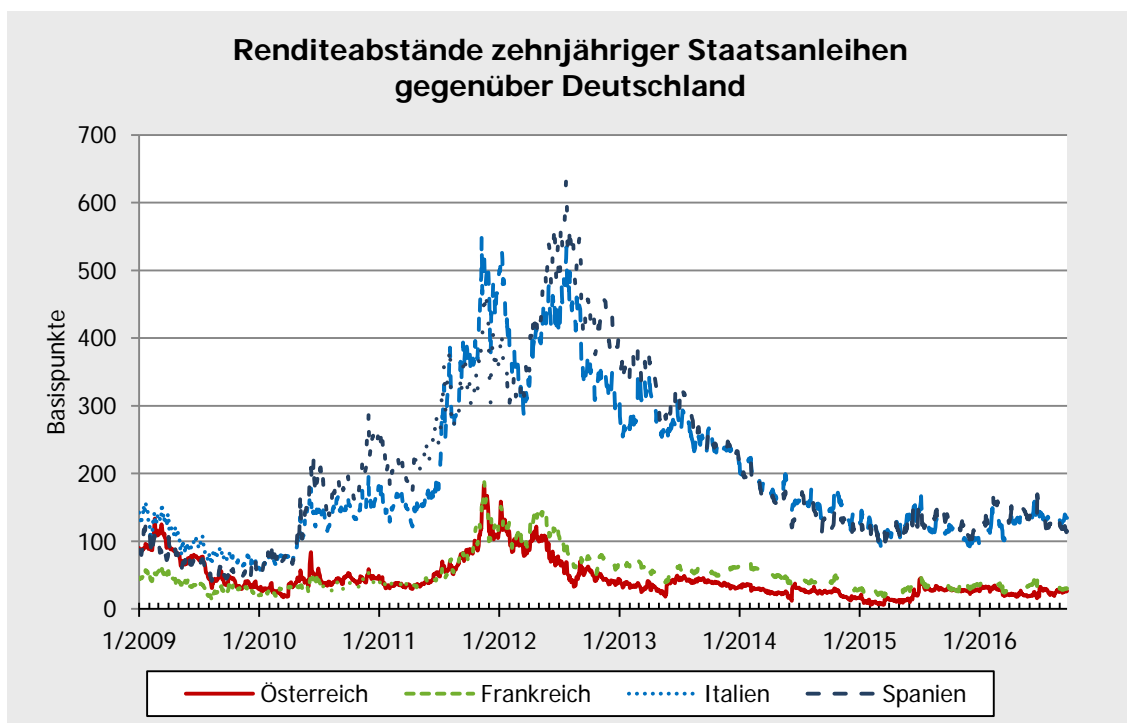
Die geldpolitischen Sondermaßnahmen der EZB wurden in der letzten Sitzung des EZB-Rates bestätigt. So werden etwa die monatlichen Ankäufe von Vermögenswerten im Umfang von 80 Mrd. Euro bis Ende März 2017 durchgeführt oder zumindest so lange, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung eintritt. Die ersten beiden Tranchen der im März dieses Jahres neu beschlossenen gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG-II/TLTRO-II) mit Laufzeiten von jeweils vier Jahren und sehr attraktiver Verzinsung (maximal in Höhe des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte) wurden im Juni und September abgewickelt.

Die Geldmarktzinsen sind in den vergangenen Monaten marginal zurückgegangen, wobei die 3-Monats-Zinsen weiterhin im negativen Bereich notieren. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im dritten Quartal des laufenden Jahres -0.3 %, was gegenüber dem Vorquartal einen Rückgang um rund 4 Basispunkte bedeutet. Gegenüber dem Vorjahresquartal notierte der 3-Monats-Euribor um etwa 30 Basispunkte niedriger. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut

weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2016 und 2017 beträgt jeweils -0.3 %.

Die Renditen von Staatsanleihen sind im laufenden Quartal (weiter) leicht gesunken. Damit lag das Renditeniveau im Durchschnitt des dritten Quartals des laufenden Jahres deutlich unterhalb des Niveaus des Vorquartals. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im dritten Quartal 2016 zu durchschnittlich 0.1 % bzw. -0.1 %. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorquartal um jeweils rund 20 Basispunkte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal lagen die österreichischen Renditen um etwa 90 Basispunkte niedriger, die deutschen um rund 80 Basispunkte. Die Rendite deutscher 10-jähriger Bundesanleihen notiert weiterhin (seit Juni) unter der Nullschranke.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraumländer höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) von Österreich, Frankreich, Italien und Spanien sind zuletzt weitgehend konstant geblieben (vergleiche Abbildung).



Quelle: Thomson Reuters Datastream

Das Institut rechnet weiterhin damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur marginal ansteigt bzw. in den kommenden Monaten sogar noch leicht zurückgeht. Für die Jahre 2016 und 2017 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0.3 % bzw. 0.6 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des dritten Quartals betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1.12 USD/EUR. Dies bedeutet, dass der Euro gegenüber dem Dollar bezogen auf den Durchschnitt

des Vorquartals leicht abgewertet hat (-1.1 %) und bezogen auf den Durchschnitt des Vorjahresquartals nahezu konstant geblieben ist (0.4 %). Für die Jahre 2016 und 2017 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.12 bzw. 1.10 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2016 und 2017 hat sich seit der letzten Prognose nur leicht verändert und fällt wie folgt aus: Die Sichteinlagen sollten um 9.5 % bzw. 7.7 % steigen. Die Termineinlagen dürften um 4.2 % bzw. 0.3 % expandieren. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut einen leichten Rückgang um 0.5 % bzw. ein Wachstum um 1.5 %. Das Kreditvolumen sollte in der Prognoseperiode um 1.4 % bzw. 1.2 % ausgeweitet werden.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	315.214 1.5%	319.163 1.3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	350.483 3.1%	359.842 2.7%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	100.000 1.0%	101.892 1.9%	103.918 2.0%	105.564 1.6%	107.450 1.8%	109.478 1.9%	111.189 1.6%	112.746 1.4%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	90.334 1.9%	93.315 3.3%	95.574 2.4%	97.471 2.0%	99.097 1.7%	100.000 0.9%	100.900 0.9%	102.514 1.6%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.609 1.2%	43.433 1.9%	44.605 2.7%	45.553 2.1%	46.460 2.0%	47.385 2.0%	48.048 1.4%	48.817 1.6%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3500.476 1.5%	3538.981 1.1%
ARBEITLOSQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.158 0.047	9.508 0.349

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	158.041 1.0%	160.094 1.3%	160.893 0.5%	160.672 -0.1%	160.239 -0.3%	160.236 0.0%	162.586 1.5%	164.397 1.1%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.049 0.1%	60.058 0.0%	60.151 0.2%	60.570 0.7%	61.053 0.8%	62.317 2.1%	62.940 1.0%	63.255 0.5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	63.764 -2.1%	68.049 6.7%	68.983 1.4%	70.478 2.2%	69.866 -0.9%	70.369 0.7%	72.260 2.7%	73.830 2.2%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	2.626 0.9	4.798 1.6	3.958 1.3	2.484 0.8	3.013 1.0	2.715 0.9	3.165 1.0	3.415 1.1
INLANDSNACHFRAGE	284.834 0.8%	292.845 2.8%	294.104 0.4%	294.611 0.2%	294.900 0.1%	297.211 0.8%	302.438 1.8%	306.394 1.3%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	9.794 3.3	10.055 3.3	11.053 3.6	10.943 3.6	12.663 4.1	13.385 4.3	12.876 4.1	12.869 4.0
BIP ZU MARKTPREISEN	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	315.214 1.5%	319.163 1.3%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	0.531	0.697	0.264	-0.073	-0.142	-0.001	0.757	0.575
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.027	0.003	0.031	0.137	0.158	0.411	0.201	0.100
BRUTTOINVESTITIONEN	0.078	2.071	-0.067	-0.033	0.086	0.129	0.735	0.582
ANLAGEINVESTITIONEN	-0.470	1.454	0.308	0.490	-0.200	0.163	0.609	0.498
LAGERVERÄNDERUNGEN	0.560	0.737	-0.277	-0.483	0.173	-0.097	0.145	0.079
EXPORTE I.W.S.	6.320	3.046	0.868	0.286	1.214	1.926	1.521	1.808
WAREN	6.306	2.354	0.470	-0.286	0.853	1.394	1.111	1.329
Dienstleistungen	0.040	0.693	0.395	0.547	0.359	0.530	0.410	0.482
IMPORTE I.W.S.	-5.203	-2.958	-0.539	-0.322	-0.651	-1.691	-1.685	-1.811
WAREN	-4.792	-2.445	-0.009	0.765	-0.321	-1.616	-1.574	-1.370
Dienstleistungen	-0.432	-0.513	-0.541	-1.112	-0.328	-0.089	-0.137	-0.442
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1.929	2.808	0.746	0.124	0.645	0.963	1.528	1.253

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
HAUSHALTSSPARQUOTE	9.3	7.9	9.2	7.3	8.4	7.9	8.7	8.3
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2.0	-1.4	1.4	-1.9	1.0	-0.5	0.8	-0.4
INVESTITIONSQUOTE	21.6	22.5	22.7	23.1	22.7	22.6	22.8	23.0
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.8	0.9	0.2	0.5	-0.4	-0.1	0.2	0.2
REALZINSSATZ	2.16	1.39	0.30	0.41	-0.31	-1.14	-1.22	-0.77
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.14	-0.77	-1.09	0.11	-0.71	-0.84	-0.08	0.45
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	90.14	93.34	95.74	97.77	99.20	100.00	100.90	102.51
	1.7%	3.6%	2.6%	2.1%	1.5%	0.8%	0.9%	1.6%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.609	42.070	42.190	42.149	42.105	42.358	42.441	42.441
	-0.5%	-1.3%	0.3%	-0.1%	-0.1%	0.6%	0.2%	0.0%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9.038	9.114	9.054	9.008	9.003	9.002	9.005	9.019
	1.1%	0.8%	-0.7%	-0.5%	-0.1%	0.0%	0.0%	0.2%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	111.887	113.092	116.920	120.006	122.466	124.915	126.629	128.461
	0.0%	1.1%	3.4%	2.6%	2.0%	2.0%	1.4%	1.4%
ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	4.8	4.6	4.9	5.4	5.6	5.7	6.1	6.2
	-0.5	-0.2	0.3	0.5	0.2	0.1	0.4	0.1
BUDGETSALDO MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4.5	-2.6	-2.2	-1.4	-2.7	-1.0	-1.8	-1.4
	0.9	1.9	0.4	0.9	-1.4	1.7	-0.7	0.4

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	152.703 2.8%	159.775 4.6%	164.310 2.8%	167.669 2.0%	170.685 1.8%	172.979 1.3%	177.558 2.6%	182.383 2.7%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.338 -0.8%	5.416 1.5%	5.751 6.2%	5.831 1.4%	6.011 3.1%	6.111 1.7%	6.374 4.3%	6.599 3.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.049 2.0%	61.050 1.7%	62.661 2.6%	63.838 1.9%	65.325 2.3%	67.716 3.7%	69.419 2.5%	70.639 1.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	66.744 2.1%	74.612 11.8%	76.171 2.1%	76.877 0.9%	78.163 1.7%	79.899 2.2%	83.428 4.4%	86.623 3.8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.914 0.6%	36.768 11.7%	37.637 2.4%	39.905 6.0%	39.723 -0.5%	41.185 3.7%	42.968 4.3%	44.591 3.8%
BAUINVESTITIONEN	30.850 -2.4%	32.650 5.8%	34.287 5.0%	34.719 1.3%	35.410 2.0%	35.659 0.7%	36.828 3.3%	38.034 3.3%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.000 0.513	0.000 0.000	0.000 0.000	-0.003 -0.003	-0.670 -0.668	-0.433 0.237	-0.440 -0.007	-0.447 -0.007
INLANDSNACHFRAGE	284.834 2.6%	300.853 5.6%	308.892 2.7%	314.212 1.7%	319.514 1.7%	326.272 2.1%	336.338 3.1%	345.796 2.8%
EXPORTE I.W.S.	150.271 17.0%	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.566 0.6%	175.175 2.1%	180.350 3.0%	184.248 2.2%	191.692 4.0%
IMPORTE I.W.S.	140.477 17.1%	157.871 12.4%	162.374 2.9%	163.239 0.5%	164.271 0.6%	166.726 1.5%	170.103 2.0%	177.645 4.4%
BIP ZU MARKTPREISEN	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	350.483 3.1%	359.842 2.7%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	152.703 1.1%	154.760 1.3%	155.413 0.4%	155.138 -0.2%	154.684 -0.3%	154.627 0.0%	156.838 1.4%	158.564 1.1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.338 -2.7%	5.334 -0.1%	5.483 2.8%	5.536 1.0%	5.558 0.4%	5.613 1.0%	5.754 2.5%	5.840 1.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.049 0.1%	60.058 0.0%	60.151 0.2%	60.570 0.7%	61.053 0.8%	62.317 2.1%	62.940 1.0%	63.255 0.5%
BRUTTOINVESTITIONEN	66.744 0.3%	72.846 9.1%	72.643 -0.3%	72.542 -0.1%	72.805 0.4%	73.203 0.5%	75.487 3.1%	77.322 2.4%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.914 0.3%	36.351 10.4%	36.581 0.6%	38.389 4.9%	37.797 -1.5%	38.708 2.4%	40.063 3.5%	41.165 2.8%
BAUINVESTITIONEN	30.850 -4.6%	31.698 2.7%	32.397 2.2%	32.113 -0.9%	32.082 -0.1%	31.704 -1.2%	32.259 1.8%	32.743 1.5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.000 0.504	-0.153 -0.153	0.417 0.570	0.810 0.393	0.745 -0.065	1.324 0.579	1.319 -0.006	1.314 -0.005
INLANDSNACHFRAGE	284.834 0.8%	292.845 2.8%	294.104 0.4%	294.611 0.2%	294.900 0.1%	297.211 0.8%	302.438 1.8%	306.394 1.3%
EXPORTE I.W.S.	150.271 13.8%	159.246 6.0%	161.875 1.7%	162.748 0.5%	166.458 2.3%	172.381 3.6%	177.103 2.7%	182.803 3.2%
IMPORTE I.W.S.	140.477 12.0%	149.191 6.2%	150.822 1.1%	151.805 0.7%	153.794 1.3%	158.996 3.4%	164.227 3.3%	169.934 3.5%
BIP ZU MARKTPREISEN	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	315.214 1.5%	319.163 1.3%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	100.000 1.7%	103.240 3.2%	105.725 2.4%	108.077 2.2%	110.344 2.1%	111.868 1.4%	113.211 1.2%	115.022 1.6%
ÖFFENTLICHER KONSUM	100.000 1.8%	101.652 1.7%	104.172 2.5%	105.394 1.2%	106.998 1.5%	108.664 1.6%	110.294 1.5%	111.673 1.3%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	100.000 1.2%	102.012 2.0%	104.264 2.2%	105.883 1.6%	107.539 1.6%	109.203 1.5%	110.428 1.1%	111.912 1.3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	100.000 0.3%	101.147 1.1%	102.887 1.7%	103.950 1.0%	105.094 1.1%	106.399 1.2%	107.250 0.8%	108.323 1.0%
BAUINVESTITIONEN	100.000 2.2%	103.004 3.0%	105.835 2.7%	108.116 2.2%	110.374 2.1%	112.475 1.9%	114.162 1.5%	116.160 1.8%
INLANDSNACHFRAGE	100.000 1.8%	102.735 2.7%	105.028 2.2%	106.653 1.5%	108.347 1.6%	109.778 1.3%	111.209 1.3%	112.860 1.5%
EXPORTE I.W.S.	100.000 2.7%	104.020 4.0%	105.389 1.3%	105.418 0.0%	105.237 -0.2%	104.623 -0.6%	104.034 -0.6%	104.863 0.8%
IMPORTE I.W.S.	100.000 4.6%	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.532 -0.1%	106.812 -0.7%	104.862 -1.8%	103.578 -1.2%	104.538 0.9%
BIP ZU MARKTPREISEN	100.000 1.0%	101.892 1.9%	103.918 2.0%	105.564 1.6%	107.450 1.8%	109.478 1.9%	111.189 1.6%	112.746 1.4%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	111.054 23.4%	122.328 10.2%	124.971 2.2%	122.919 -1.6%	124.537 1.3%	127.692 2.5%	129.563 1.5%	134.443 3.8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.778 2.0%	30.375 13.4%	32.183 6.0%	34.808 8.2%	36.432 4.7%	37.640 3.3%	39.060 3.8%	41.232 5.6%
REISEVERKEHR	12.438 1.7%	12.945 4.1%	13.445 3.9%	13.839 2.9%	14.206 2.6%	15.017 5.7%	15.624 4.0%	16.017 2.5%
EXPORTE I.W.S.	150.271 17.0%	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.566 0.6%	175.175 2.1%	180.350 3.0%	184.248 2.2%	191.692 4.0%
WARENIMPORTE	111.284 20.2%	125.961 13.2%	128.094 1.7%	124.586 -2.7%	123.914 -0.5%	125.633 1.4%	127.718 1.7%	132.721 3.9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	22.515 8.8%	25.235 12.1%	27.503 9.0%	31.943 16.1%	33.200 3.9%	33.866 2.0%	35.235 4.0%	37.559 6.6%
REISEVERKEHR	6.678 -0.2%	6.675 0.0%	6.777 1.5%	6.709 -1.0%	7.157 6.7%	7.227 1.0%	7.150 -1.1%	7.366 3.0%
IMPORTE I.W.S.	140.477 17.1%	157.871 12.4%	162.374 2.9%	163.239 0.5%	164.271 0.6%	166.726 1.5%	170.103 2.0%	177.645 4.4%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	111.054 19.6%	117.989 6.2%	119.414 1.2%	118.541 -0.7%	121.146 2.2%	125.434 3.5%	128.884 2.8%	133.073 3.3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.778 0.3%	28.876 7.8%	29.990 3.9%	31.576 5.3%	32.588 3.2%	33.646 3.2%	34.655 3.0%	36.041 4.0%
REISEVERKEHR	12.438 0.3%	12.382 -0.5%	12.464 0.7%	12.545 0.7%	12.631 0.7%	13.202 4.5%	13.466 2.0%	13.601 1.0%
EXPORTE I.W.S.	150.271 13.8%	159.246 6.0%	161.875 1.7%	162.748 0.5%	166.458 2.3%	172.381 3.6%	177.103 2.7%	182.803 3.2%
WARENIMPORTE	111.284 14.2%	118.488 6.5%	118.514 0.0%	116.180 -2.0%	117.162 0.8%	122.132 4.2%	127.017 4.0%	131.336 3.4%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	22.515 6.5%	24.356 8.2%	26.032 6.9%	29.646 13.9%	30.419 2.6%	30.713 1.0%	31.327 2.0%	32.658 4.3%
REISEVERKEHR	6.678 -1.8%	6.347 -5.0%	6.311 -0.6%	6.090 -3.5%	6.319 3.8%	6.301 -0.3%	6.112 -3.0%	6.173 1.0%
IMPORTE I.W.S.	140.477 12.0%	149.191 6.2%	150.822 1.1%	151.805 0.7%	153.794 1.3%	158.996 3.4%	164.227 3.3%	169.934 3.5%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	100.000 3.1%	103.677 3.7%	104.654 0.9%	103.693 -0.9%	102.799 -0.9%	101.800 -1.0%	100.527 -1.3%	101.030 0.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100.000 1.7%	105.191 5.2%	107.313 2.0%	110.234 2.7%	111.794 1.4%	111.872 0.1%	112.712 0.8%	114.402 1.5%
REISEVERKEHR	100.000 1.4%	104.550 4.5%	107.871 3.2%	110.315 2.3%	112.471 2.0%	113.749 1.1%	116.024 2.0%	117.764 1.5%
EXPORTE I.W.S.	100.000 2.7%	104.020 4.0%	105.389 1.3%	105.418 0.0%	105.237 -0.2%	104.623 -0.6%	104.034 -0.6%	104.863 0.8%
WARENIMPORTE	100.000 5.3%	106.307 6.3%	108.083 1.7%	107.236 -0.8%	105.763 -1.4%	102.866 -2.7%	100.552 -2.3%	101.055 0.5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100.000 2.2%	103.608 3.6%	105.652 2.0%	107.750 2.0%	109.143 1.3%	110.269 1.0%	112.475 2.0%	115.005 2.3%
REISEVERKEHR	100.000 1.6%	105.170 5.2%	107.379 2.1%	110.170 2.6%	113.255 2.8%	114.694 1.3%	116.987 2.0%	119.327 2.0%
IMPORTE I.W.S.	100.000 4.6%	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.532 -0.1%	106.812 -0.7%	104.862 -1.8%	103.578 -1.2%	104.538 0.9%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100.000 -1.8%	98.301 -1.7%	97.891 -0.4%	98.034 0.1%	98.525 0.5%	99.772 1.3%	100.440 0.7%	100.311 -0.1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100.000 -2.0%	97.527 -2.5%	96.827 -0.7%	96.696 -0.1%	97.198 0.5%	98.963 1.8%	99.976 1.0%	99.976 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
IMPORTQUOTE, GESAMT	47.679	51.152	51.203	50.611	49.716	49.052	48.534	49.368
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.768	3.473	0.051	-0.593	-0.894	-0.664	-0.518	0.834
IMPORTQUOTE, GÜTER	37.771	40.813	40.393	38.627	37.502	36.962	36.441	36.883
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.428	3.042	-0.420	-1.767	-1.125	-0.540	-0.521	0.442
EXPORTQUOTE, GESAMT	51.004	53.672	53.797	53.192	53.016	53.060	52.570	53.271
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.108	2.668	0.125	-0.604	-0.176	0.044	-0.491	0.702
EXPORTQUOTE, GÜTER	37.693	39.636	39.408	38.110	37.691	37.568	36.967	37.362
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.246	1.943	-0.227	-1.299	-0.419	-0.123	-0.601	0.395

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5406.324 0.2%	5427.239 0.4%	5447.026 0.4%	5472.657 0.5%	5506.268 0.6%	5554.650 0.9%	5584.593 0.5%	5609.317 0.4%
ERWERBSQUOTE	75.066 0.3%	75.957 1.2%	76.792 1.1%	77.387 0.8%	77.992 0.8%	78.626 0.8%	79.333 0.9%	80.127 1.0%
ERWERBSPERSONEN	4058.320 0.5%	4122.350 1.6%	4182.897 1.5%	4235.103 1.2%	4294.457 1.4%	4367.385 1.7%	4430.447 1.4%	4494.562 1.4%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3558.877 0.1%	3582.861 0.7%	3598.964 0.4%	3611.608 0.4%	3624.841 0.4%	3655.227 0.8%	3676.984 0.6%	3692.123 0.4%
AUSLÄNDISCHES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	499.443 4.0%	539.489 8.0%	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.616 7.4%	712.158 6.4%	753.463 5.8%	802.438 6.5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	447.300 2.2%	453.900 1.5%	456.800 0.6%	464.900 1.8%	471.700 1.5%	478.200 1.4%	484.178 1.3%	491.440 1.5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3611.020 0.3%	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3889.185 1.7%	3946.269 1.5%	4003.121 1.4%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3500.476 1.5%	3538.981 1.1%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	100.225 -4.1%	98.423 -1.8%	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	86.109 -2.0%	84.387 -2.0%	83.543 -1.0%
ARBEITSLOSE	250.782 -3.7%	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	287.207 10.2%	319.357 11.2%	354.332 11.0%	361.407 2.0%	380.597 5.3%
ARBEITSLSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.158 0.047	9.508 0.349

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	138.905 2.0%	144.343 3.9%	150.342 4.2%	154.502 2.8%	158.686 2.7%	163.418 3.0%	168.192 2.9%	172.762 2.7%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	119.456 4.1%	125.651 5.2%	126.410 0.6%	126.772 0.3%	129.661 2.3%	132.676 2.3%	136.212 2.7%	139.503 2.4%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	36.267 3.1%	38.636 6.5%	40.365 4.5%	41.265 2.2%	42.071 2.0%	43.802 4.1%	46.080 5.2%	47.577 3.3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	350.483 3.1%	359.842 2.7%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	2.475 702.4%	1.046 -57.7%	0.323 -69.1%	0.874 170.7%	-3.299 -477.6%	-1.372 -58.4%	-1.400 2.0%	-1.428 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	51.583 2.3%	53.480 3.7%	55.715 4.2%	57.662 3.5%	59.603 3.4%	61.404 3.0%	63.369 3.2%	65.396 3.2%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	245.519 4.0%	256.196 4.3%	261.725 2.2%	265.750 1.5%	267.515 0.7%	277.120 3.6%	285.715 3.1%	293.018 2.6%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2.989 11.1%	-3.017 0.9%	-3.257 7.9%	-3.909 20.0%	-3.263 -16.5%	-3.361 3.0%	-3.428 2.0%	-3.497 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	242.530 3.9%	253.179 4.4%	258.469 2.1%	261.842 1.3%	264.252 0.9%	273.759 3.6%	282.287 3.1%	289.522 2.6%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
STICHTEINLAGEN	87.993 10.3%	90.120 2.4%	102.909 14.2%	112.936 9.7%	115.761 2.5%	130.036 12.3%	142.390 9.5%	153.354 7.7%
TERMINEINLAGEN INKLUSIVE AUFGENOMMENE GELDER	33.804 -10.0%	36.232 7.2%	32.003 -11.7%	29.651 -7.3%	34.620 16.8%	35.751 3.3%	37.253 4.2%	37.365 0.3%
SPAREINLAGEN	156.950 -0.7%	156.367 -0.4%	157.452 0.7%	153.321 -2.6%	149.938 -2.2%	147.116 -1.9%	146.380 -0.5%	148.576 1.5%
KREDITVOLUMEN	307.780 1.5%	314.156 2.1%	319.543 1.7%	316.700 -0.9%	316.682 0.0%	321.655 1.6%	326.158 1.4%	330.072 1.2%
EURIBOR 3M ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.81 -0.42	1.39 0.58	0.57 -0.82	0.22 -0.35	0.21 -0.01	-0.02 -0.23	-0.26 -0.24	-0.33 -0.07
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J ABSOLUTE DIFFERENZEN	3.16 -0.76	3.28 0.12	2.29 -0.99	1.99 -0.30	1.48 -0.51	0.75 -0.73	0.34 -0.41	0.63 0.29

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
USD/EUR	1.327 -4.8%	1.392 4.9%	1.286 -7.6%	1.328 3.3%	1.329 0.0%	1.110 -16.5%	1.116 0.5%	1.098 -1.6%
GBP/EUR	0.858 -3.8%	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.849 4.7%	0.806 -5.0%	0.726 -9.9%	0.813 11.9%	0.834 2.6%
YEN/EUR	116.445 -10.7%	110.985 -4.7%	102.669 -7.5%	129.539 26.2%	140.413 8.4%	134.348 -4.3%	120.058 -10.6%	118.240 -1.5%
CHF/EUR	1.382 -8.5%	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.231 2.1%	1.215 -1.3%	1.068 -12.0%	1.090 2.0%	1.090 0.0%

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch,
Robert M. Kunst, Simon Loretz, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2016 – 2017: Konjunkturdynamik bleibt moderat

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 94

Redaktion: Bianca Brandl

© 2016 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Josefstädter Straße 39, 1080 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
